

Sandra Ezquerra und Christel Keller

# FÜR EINE DEMOKRATISIERUNG DER SORGEARBEIT

Erfahrungen mit feministischen  
Care-Politiken auf kommunaler Ebene  
in Barcelona



SANDRA EZQUERRA ist Direktorin des UNESCO-Lehrstuhls für Frauen, Entwicklung und Kulturen an der Universität Vic – Universitat Central de Catalunya. Außerdem ist sie Professorin an der Fakultät für Gesundheits- und Sozialwissenschaften (FCSB) und Koordinatorin der Forschungsgruppe für inklusive Gesellschaften, Politiken und Gemeinschaften (SoPCI) an derselben Universität. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich seit Jahren mit Fragen der feministischen Ökonomie und der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit. Ihre Schriften und ihr wissenschaftliches Werk konzentrieren sich auf die Analyse der Beziehung zwischen Wirtschaftskrisen und der so genannten Care-Krise sowie auf das Potenzial der öffentlichen und gemeinwohlorientierten Ökonomie als Rückgrat einer neuen sozialen Organisation von Sorgearbeit.

CHRISTEL KELLER GARGANTÉ ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Interuniversitären Programm Gender Studies: Culture, Society and Policies, sowie in der Forschungsgruppe Society, Policies and Inclusive Communities (SoPCI) an der Universität Vic – Universitat Central de Catalunya. Sie ist außerdem Mitglied des UNESCO-Lehrstuhls für Frauen, Entwicklung und Kulturen an derselben Universität. Seit 2008 ist sie als Sozialwissenschaftlerin und Beraterin in verschiedenen Einrichtungen tätig, die sich auf Gleichstellungspolitik und Gender Studies spezialisiert haben. Sie hat an verschiedenen Forschungsprojekten im Bereich der bezahlten und unbezahlten Arbeit, des Betreuungsmanagements, der Auswirkungen der Krise auf die Lebensbedingungen von Frauen und des Gender Mainstreaming in der öffentlichen Politik mitgewirkt.

---

Die Studie wurde durchgeführt vom UNESCO-Lehrstuhl Frauen, Entwicklung und Kulturen und der Forschungsgruppe Gesellschaft, Politik und inklusive Gemeinschaften an der Universität de Vic – Universität Central de Catalunya

## IMPRESSUM

ONLINE-Studie 3/2022

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Barbara Fried

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2749-3156 · Redaktionsschluss: Februar 2022

Übersetzt aus dem Spanischen von Katja Rameil und Sinah Krüger

Illustration Titelseite: Cooperativa de Diseño | Argentina (<https://cooperativadedisenio.com/>)

Redaktion: Barbara Fried und Vera Bartolomé

Lektorat: Britta Grell (TEXT-ARBEIT, Berlin)

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Erstellt mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes (AA). Für diese Publikation ist alleine die Herausgeberin verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des Zuwendungsgebers wieder. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

# INHALT

Einleitung	4
1 Methodisches Vorgehen	5
2 Kontext und Vorgeschichte	6
3 Die Strategie zur Demokratisierung der Sorgearbeit 2017–2020	8
3.1 Theoretischer und politischer Ansatz	8
3.2 Strategische Schwerpunkte und Dimensionen	10
3.2.1 Zentrale strategische Schwerpunkte	10
3.2.2 Bereichsübergreifende strategische Schwerpunkte	11
3.3 An der Ausarbeitung der MGDC beteiligte Akteur*innen	11
3.4 Vorgesehene Schritte und Maßnahmen	12
3.5 Budget	12
4 Umsetzung	15
4.1 Umsetzung auf institutioneller Ebene	15
4.2 Monitoring	17
4.3 Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die Umsetzung der MGDC	17
4.4 Herausragende Maßnahmen	18
5 Erfolge und Limitierungen	21
5.1 Erfolge	21
5.2 Limitierungen	23
6 Fazit: Lehren und Empfehlungen	25
Literatur	27

# EINLEITUNG

Der vorliegende Bericht wurde im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom UNESCO-Lehrstuhl zum Thema Frauen, Entwicklung und Kultur und der Forschungsgruppe Gesellschaft, Politik und inklusive Gemeinschaften verfasst. Darin werden die Vorgeschichte, die Schwerpunkte und Umsetzung der lokalstaatlichen Strategie zur Demokratisierung der Sorgearbeit (Medida de Gobierno por una Democratización de los Cuidados, nachfolgend MGDC) in Barcelona dargestellt und analysiert. Der Untersuchungszeitraum der Studie reicht von 2017, als der Plan von der Stadtregierung erstmals vorgestellt wurde, bis einschließlich 2020, als das Programm in Folge des Regierungswechsels sein vorläufiges Ende fand. Es handelt sich hierbei nicht um eine abschließende Bewertung des politischen Gesamtpakets, sondern um eine Reihe von Reflexionen und Einschätzungen, die im Wesentlichen auf den im Methodenkapitel beschriebenen Interviews und Quellenauswertungen beruhen.

Der Bericht hat mehrere Zielsetzungen: Erstens geht es darum, den in Barcelona verfolgten Politikansatz, den wir als wegweisend erachten, bekannter zu machen und nachzuweisen, dass es möglich ist, Konzepte aus der Feministischen Ökonomie auf der kommunalen Ebene in konkrete Politiken zu übersetzen. Zweitens wollen wir seine wichtigsten Potenziale sowie Limitierungen aufzeigen und damit Hinweise darauf geben, was bei einer Fortführung dieser Art von Care-Politik zu berücksichtigen ist. Und drittens gilt es, Werkzeuge und Überlegungen vorzustellen, die die Entwicklung und Anwendung ähnlicher Strategien in anderen Kontexten erleichtern können. Zu diesem Zweck geht der Bericht zunächst näher auf einige Aspekte der Vorgeschichte ein, die die Einführung einer derartigen Politik überhaupt erst möglich machten. Dazu gehören die Veränderungen, die seit der Krise von 2008 in der feministischen Bewegung Spaniens, Kataloniens und Barcelonas sowie in der akademischen Welt stattgefunden und zur Herausbildung einer politischen Agenda beigetragen haben, die auf Grundüberlegungen der Feministischen Ökonomie aufbaut.<sup>1</sup> Die Feministische Ökonomie hat seitdem nicht nur unter Wissenschaftler\*innen und Intellektuellen, sondern auch in sozialen Bewegungen und auf der Straße so viel Zustimmung erfahren, dass es von politischer Seite nicht länger möglich war, die Sorgearbeit als wichtigen Teil der gesellschaftlichen

Arbeit, ohne die eine Wirtschaft nicht funktionieren kann, zu ignorieren.

Vor diesem Hintergrund sah sich die zivilgesellschaftliche Plattform Barcelona en Comú, die 2015 in der Stadt die Kommunalwahlen gewonnen und die Regierung übernommen hatte, einem neuen feministischen Politikansatz verpflichtet. Sie drängte darauf, die ökonomische Bedeutung von Care-Arbeit anzuerkennen sowie aufzuwerten, und trat für andere gesellschaftliche Organisationsformen von Produktion und Reproduktion ein, aufgrund der Annahme, dass die gegenwärtigen von Grund auf ungerecht und gesellschaftlich untragbar sind. So leitete sie über die Einbeziehung der Feministischen Ökonomie einen Paradigmenwechsel in der kommunalen Wirtschaftspolitik ein. Das heißt, der Fokus sollte nicht länger nur auf dem regulären Arbeitsmarkt und der monetarisierten Wirtschaft liegen, sondern erweitert werden um die Sorgearbeit als zentrale Säule und Grundlage der sozialen und ökonomischen Organisation der Stadt. Damit war beabsichtigt, die vorherrschende entpolitisierte Sichtweise der Sorgearbeit, die sich bislang an traditionellen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements orientiert hatte, zu überwinden. Unterstützung erfuhr dieser Wandel durch den Einsatz eines spezifischen, auf die lokalen politischen und organisatorischen Bedingungen abgestimmten Gender-Mainstreaming-Ansatzes. Damit gelang es, den Bereich Pflege oder Kinderbetreuung nicht länger verschiedenen Sozialverwaltungen oder Gleichstellungsbeauftragten als Spezialaufgabe zu überlassen, sondern sie als integralen Bestandteil der Wirtschaftspolitik zu sehen, mit entsprechenden globalen und strukturellen Implikationen und erweiterten administrativen Zuständigkeiten.

Ganz am Anfang fiel die Umsetzung der MGDC in die Verantwortung der Kommission für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen (Comisionado de Economía Cooperativa, Social y Solidaria y Consumo) und des Dezernats für Feminismus und LGBTI (Concejalía de Feminismos y LGTBI). Ab 2019 war auch das Dezernat für Gesundheit, Altern und Care (Concejalía de Salud, Envejecimiento y Cuidados) daran beteiligt. Klar war, dass es eines Brückenschlags bedurfte zwischen den doch eher theoretischen Ansätzen der Feministischen Ökonomie und der Arbeit der öffentlichen Verwaltung, die sich derart komplexen Transformationsprozessen oft nur

---

1 Vgl. zur Feministischen Ökonomie [www.exploring-economics.org/de/orientieren/feministische-theorie/](http://www.exploring-economics.org/de/orientieren/feministische-theorie/). Hier wird sie folgendermaßen definiert: Sie untersucht «den wechselseitigen Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und Ökonomie. Sie fasst dabei auch den unbezahlten, nicht-marktvermittelten Teil der Wirtschaft und Gesellschaft ins Auge und beleuchtet, welche Triebkräfte hinter den heute verbreiteten Dichotomien wirtschaftlich-sozial, produktiv-reproduktiv, maskulin-feminin, bezahlt-unbezahlt oder öffentlich-privat stecken. Damit widmet [sie] sich auch der Analyse des Patriarchats und des Kapitalismus als miteinander verschränkten Herrschaftsformen. Dabei stellt sie Fragen nach der Verfügung über Eigentum, Einkommen, Macht, Wissen und den eigenen Körper.» [Ergänzung der Lektorin]

zögerlich stellt. Außerdem bestand die Herausforderung darin, feministische Erkenntnisse und Forderungen aus der akademischen Welt und den sozialen Bewegungen auf die kommunale Politikebene zu übertragen und somit einen Präzedenzfall zu schaffen, der als Hebel für gesellschaftliche Veränderung dienen kann. Das mittel- und langfristige Ziel war, die Sorgearbeit in der Stadt Barcelona grundsätzlich anders zu organisieren und damit einen Beitrag zu der von der Feministischen Ökonomie propagierten grundlegenden sozioökonomischen Umstrukturierung der Gesellschaft zu leisten.

Als besonders wirkungsvoll erwiesen sich die verschiedenen kommunalen Angebote und Dienste zur Unterstützung und Begleitung von Pflege und Betreuung leistenden Angehörigen sowie von pflegebedürftigen Menschen. Zudem kam es im Zuge der Umsetzung der MGDC, in der das Potenzial der Sozial- und Solidarwirtschaft, kollektiver Strukturen und des sozialen Nahraums für die Sorgearbeit erkannt wird, zu einer wichtigen Öffnung der kommunalen Verwaltung und zu bedeutsamen Synergieeffekten zwischen ihr und verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten. Die MGDC hat nicht nur die Sorgearbeit aus dem Schattenbereich der Politik herausgeholt, sie hat darüber hinaus vor allem die Art vollständig verändert, wie auf kommunaler Ebene darüber nachgedacht wird. Dies hat mit einem beispiellosen Engagement und der Bereitschaft zu tun, auf die in der feministischen Bewegung und in wissenschaftlichen Kreisen entwickelten Vision von Care zu setzen und sie in die Praxis bzw. in politisches Handeln zu überführen. Die klassische Fürsorgeperspektive in den Ämtern, die nur einige wenige Akteur\*innen einbezog, wurde abgelöst von Überlegungen der Feministischen Ökonomie, die eine Demokratisierung der Sorgearbeit anstrebt und mit ihrem radikalen Konzept einen innovativen Rahmen bereithält für ein neues städtisches soziales und ökonomisches Entwicklungsmodell mit Auswirkungen auf ganz unterschiedliche Politikbereiche.

Dennoch stieß die MGDC auch an ihre Grenzen. Erstens gelang der Perspektivenwechsel nicht überall,

zum einen, weil es etlichen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten nicht leichtfiel, ihn zu verinnerlichen, und zum anderen, weil es Bedenken gab, wie sich dieser auf die vertraute behördliche Kompetenz- und Aufgabenverteilung auswirken würde. Sorgearbeit plötzlich als Teil der Wirtschaftspolitik zu betrachten, bereitete deswegen erhebliche Schwierigkeiten, weil damit einerseits die historisch führende Rolle der sozialen Dienste und Einrichtungen infrage gestellt wurde und andererseits weil sich die Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit ausschließlich auf den Markt und monetäre Prozesse konzentriert hatte und völlig blind gegenüber der Sorgearbeit gewesen war. Hinzu kommt, dass die Kommunen im spanischen Regierungssystem zwar weitreichende Befugnisse in der Sozialpolitik haben, ihr Handlungsspielraum in ökonomischer Hinsicht jedoch stark begrenzt ist. Weitere Probleme waren eher technischer Natur und hatten mit Schwierigkeiten bei der räumlichen Umsetzung der MGDC, dem Mangel an Fachkräften und unzureichenden Mittelzuweisungen zu tun, die in keinem angemessenen Verhältnis zu den vielen überaus ehrgeizigen Zielsetzungen des Strategieplans standen.

Von daher lassen sich aus den Erfahrungen mit der Umsetzung der MGDC diverse Lehren ziehen, die bei ähnlichen politischen Vorhaben in Zukunft von Nutzen sein können. Erstens muss darauf geachtet werden, alle Beteiligten, sei es in der Regierung und Verwaltung oder außerhalb der staatlichen Stellen, ausreichend in die Planung und Implementierung einzubeziehen. Zweitens bedarf es einer organischen Leitungsstruktur, die eine wirklich bereichsübergreifende und koordinierte Zusammenarbeit sicherstellt. Drittens sind Fortbildungsmaßnahmen zur Feministischen Ökonomie erforderlich, da nur so Arbeits- und Reflexionsräume mit einer gemeinsam geteilten kohärenten Perspektive entstehen können. Viertens ist es für die Strategieplanung und Umsetzung wichtig, dass bei einem so radikalen Transformationshorizont, wie ihn die MGDC vorsieht, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen kurzfristig zu erreichenden Zielen und langfristigen Transformationszielen besteht.

## 1 METHODISCHES VORGEHEN

Diesem Bericht liegt die Auswertung von Daten und Informationen zugrunde, die aus verschiedenen Quellen stammen. Die wesentlichen Informationen gehen auf sechs semistrukturierte Interviews mit sieben Personen zurück, die maßgeblich an der Ausarbeitung und Umsetzung der MGDC beteiligt waren. Die Interviewpartner\*innen hatten folgende Positionen inne:

politisches Amt im Dezernat für Feminismus und LGBTI der Stadtverwaltung von Barcelona (E1), Fachposition im Dezernat für Feminismus und LGBTI der Stadtverwaltung von Barcelona (E2), Fachposition im Dezernat für Feminismus und LGBTI der Stadtverwaltung von Barcelona (E3), politisches Amt im Dezernat für Feminismus, LGBTI und Soziale Rechte der

Stadtverwaltung von Barcelona (E4), Fachposition bei der Kommission für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen der Stadtverwaltung von Barcelona (E5); politische Position im Amt für Gesundheit, Altern und Care der Stadtverwaltung von Barcelona (E6), politisches Amt im Dezernat für Gesundheit, Altern und Care der Stadtverwaltung von Barcelona (E7). Sämtliche Interviews wurden digital durchgeführt und dauerten etwa eine Stunde. Wir haben sie mit vorheriger Zustimmung der befragten Personen aufgezeichnet und zu Analyse Zwecken transkribieren lassen. In diesem Bericht wird bisweilen wörtlich aus diesen Interviews zitiert. Viele der aus den Interviews gewonnenen Informationen sind direkt in die Analyse eingeflossen.

Parallel dazu wurden verschiedene dokumentarische Quellen herangezogen: die MGDC selbst, die zuvor erstellte Diagnose, die Fortschrittsberichte von 2018 und 2019, der Plan für Geschlechtergerechtigkeit (Plan de Justicia de Género 2016–2020), die Strategie gegen die Feminisierung von Armut und Prekarität in Barcelona (Estrategia contra la Feminización de la Pobreza y de la Precariedad en Barcelona 2016–2024), das Bürgerabkommen für ein inklusives Barcelona (Acuerdo Ciudadano por una Barcelona Inclusiva), die Beschäftigungsstrategie für Barcelona (Estrategia para la Ocupación de Barcelona 2016–2020), der

Plan zur Förderung der Sozial- und Solidarökonomie (Plan de Impulso de la Economía Social y Solidaria 2016–2019) sowie zahlreiche Einträge auf der Webseite der Stadtverwaltung von Barcelona. Außerdem wurde die einschlägige Fachliteratur zu den Themen Feministische Ökonomie, Care-Ökonomie und feministische Care-Politik konsultiert (siehe hierzu die Literaturliste im Anhang).

Für die qualitative Analyse erfolgte zunächst eine Kodierung der erhobenen Daten. Die Analysekategorien ergaben sich einerseits aus der logischen Abfolge des öffentlichen Politikzyklus und andererseits aus einer evaluierenden Perspektive, mit der versucht wurde, Probleme, Grenzen und Erfolge sowie im Laufe des Umsetzungsprozesses angewandte Ad-hoc-Strategien herauszuarbeiten. Deshalb erfolgt die nachfolgende Darstellung der Ergebnisse in erster Linie chronologisch: angefangen von der Entstehungsgeschichte der Ideen, die zur MGDC führten, bis hin zu ihrer Materialisierung in konkrete Politik. Daran schließt sich eine Analyse der Erfolge und Limitierungen, die sich im Prozessverlauf gezeigt haben, an. Zum Abschluss fasst der Bericht die Lehren zusammen, die aus den Erfahrungen in Barcelona zu ziehen sind, und gibt einige Empfehlungen, die für ähnliche politische Vorhaben in der Zukunft hilfreich sein können.

## 2 KONTEXT UND VORGESCHICHTE

Der ausgearbeitete Strategieplan zur Demokratisierung der Sorgearbeit (MGDC) wurde im Mai 2017 das erste Mal öffentlich vorgestellt. Er hatte jedoch einen langen Vorlauf und war das Ergebnis des Zusammenwirkens verschiedener Faktoren und Entwicklungen sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf lokalstaatlicher Ebene. Eine wichtige Rolle spielte dabei die rege Interaktion zwischen der Stadtverwaltung von Barcelona und verschiedenen sozialen Bewegungen und Gruppierungen.

Die Forderung nach einer grundlegend anderen Care-Politik kam aus der feministischen Bewegung. Der Ausbruch der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 hatte dort politische Diskussionen über die ökonomische Lage ausgelöst, deren Schwerpunkt auf den geschlechtsspezifischen Auswirkungen der staatlichen Austeritätspolitik lag sowie auf den allgemeinen materiellen Lebensbedingungen von Frauen und ihrer Situation auf dem Arbeitsmarkt und in den Familien.

In Katalonien hatte im Frühjahr 2015 die Vaga de Totes<sup>2</sup> stattgefunden – nach dem Selbstverständnis der Veranstalter\*innen ein radikaler feministischer Streik, der sich sowohl auf die Sphäre der Reproduktion als auch auf die der Produktion bezog. Der «Streik aller Frauen» war von verschiedenen feministischen Initiativen organisiert worden. Sie hatten dazu aufgerufen, sämtliche Arbeiten niederzulegen, wobei ein vordringliches Ziel war, den Bereich der prekären Lohnarbeit und der unentlohnten Sorgearbeit von Frauen sichtbar zu machen. Spätere feministische Streiks, die dann ab 2018 überall im spanischen Staat am 8. März stattfanden, folgten diesem Vorbild. Zeitgleich fand das Thema Feministische Ökonomie in ganz Katalonien und Spanien an den Universitäten und darüber hinaus einen großen Widerhall, was sich auf dem IV. Kongress der Feministischen Ökonomie (IV Congreso de Economía Feminista), der 2013 in Carmona (Andalusien) stattfand, sowie auch 2015 auf dem V. Kongress der Feministischen Ökonomie in Vic

---

2 Streik aller Frauen (Huelga de Todas). Weitere Informationen unter: <https://vagadetotes.wordpress.com/>.

(Barcelona) zeigte, die beide gut besucht waren und Begegnungen und Diskussionen zwischen Akademiker\*innen und Aktivist\*innen ermöglichten. Forderungen der Feministischen Ökonomie erfuhren nicht nur von akademischer Seite, sondern auch auf den Straßen eine immer größere Zustimmung. Von da an war klar: Es konnte kein Zurück hinter die Erkenntnis geben, dass Sorgearbeit eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren des ökonomischen Systems ist und dementsprechend gewürdigt und unterstützt werden muss. Diese sozialen und politischen Prozesse ebneten den Weg für den Plan, den Barcelona en Comú schließlich erarbeitete und vorlegte, nachdem die Bürgerplattform 2015 die Regierung von Barcelona übernommen hatte.

Grundlegende Ideen und Elemente der MGDC waren bereits im Wahlprogramm von Barcelona en Comú enthalten, das die Forderungen der feministischen Bewegungen aufgegriffen hatte und die Notwendigkeit einer feministischen Herangehensweise an die Sorgearbeit betonte. So gab es unter anderem den Vorschlag, «die Sorgearbeit in den Mittelpunkt der Politik zu stellen und häusliche Pflegedienste zu kommunalisieren» (Barcelona en Comú 2015: 45). Außerdem wurde auf den Zusammenhang zwischen der Übernahme von Care-Verantwortung und der Verarmung von Frauen hingewiesen und darauf, dass Stadtplanung ein wichtiges Instrument sein kann, um die Organisation und Erbringung von Pflege- und Betreuungsleistungen zu erleichtern. Nach dem Sieg von Barcelona en Comú bei den Kommunalwahlen von 2015 kam es dann zu dem Beschluss, die behördliche Struktur neu zu ordnen und feministische Anliegen zusammen mit Themen der Produktion und Reproduktion im Dezernat für Arbeit, Wirtschaft und strategische Planung (Àrea de Trabajo, Economía y Planificación Estratégica) und speziell bei der Kommission für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen bzw. der Abteilung für Zeitpolitik und Förderung der Care-Ökonomie<sup>3</sup> (Departamento de Programas de Tiempo y Economía de los Cuidados) anzusiedeln. Der Arbeit dieser Abteilung lag die Annahme zugrunde, dass die herkömmliche Organisationsweise der Sorgearbeit grundlegend ungerecht und vor dem Hintergrund des Pflegenotstands auch nicht länger funktional ist:

«Die Sorgearbeit umfasst eine Reihe von Tätigkeiten, die das übrige sozioökonomische System aufrechterhalten und in der Vergangenheit vor allem von Frauen meist als Teil der Haus- und Familienarbeit übernommen wurden. In den letzten Jahrzehnten hat sich diese Arbeitsteilung

jedoch aufgrund diverser Faktoren wie beispielsweise der Zunahme des Pflege- und Betreuungsbedarfs in der Bevölkerung, der stärkeren Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt oder des Bedeutungsverlusts heterosexueller Beziehungen und der Vater-Mutter-Kind-Familie als einzigen Modellen des Zusammenlebens als unhaltbar erwiesen.»<sup>4</sup> (Ajuntament de Barcelona 2015b)

So legte Barcelona en Comú den Grundstein für einen Paradigmenwechsel in der kommunalen Wirtschaftspolitik. Im Sommer 2015 gab die neu gegründete Kommission für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen gemeinsam mit dem Dezernat für Feminismus und LGBTI dann eine Studie in Auftrag, die untersuchen sollte, wie und von wem in der Stadt Sorgearbeit geleistet wird. Dies war der erste Schritt hin zu einer kommunalen Care-Politik, die eine ausdrücklich feministische Perspektive zugrunde lag und die den Anspruch vertrat, diesen Bereich grundlegend umzugestalten (Ezquerria/Mansilla 2018).

Unterstützung erhielt die von der neuen Regierung verfolgte feministische Politik von der Ende 2015 eingerichteten Abteilung Gender-Mainstreaming (Departamento de Transversalidad de Género), die unmittelbar der Koordinations- und Ressourcenverwaltung (Gerencia de Coordinación y Recursos) unterstand (Ajuntament de Barcelona 2015a). Das Konzept des Gender-Mainstreaming sieht vor, auf allen Ebenen der Verwaltung und in allen Bereichen und Prozessen der öffentlichen Politik eine feministische Perspektive einzunehmen (Alfama/Alonso 2015; Alfama u. a. 2015). Es geht von der Prämisse aus, dass öffentliche Politik aus einer androzentrischen Perspektive heraus entwickelt wurde und dazu neigt, die in der Gesellschaft vorherrschenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten zu reproduzieren. Sicherlich gibt es ebenso viele Auffassungen von dem, was Gender-Mainstreaming ist, wie es feministische Sichtweisen gibt. Das Spektrum reicht von bürgerlich-liberalen bis hin zu radikalen Positionen. Deswegen sollte bedacht werden, dass es sich bei diesem Ansatz weniger um eine politische Strategie handelt als um den organisatorischen Versuch, die Gender-Perspektive in allen Bereichen der Verwaltung zu verankern. Der Ansatz der Stadtverwaltung von Barcelona war klar transformativ ausgerichtet, auch wenn unter den Akteur\*innen und in den Verwaltungseinheiten durchaus unterschiedliche Vorstellungen vorherrschten, was den Feminismus betrifft. In jedem Fall hat die Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Konzepts, wie sie in der Amtszeit von Barcelona en Comú (2015–2019) erfolgte, Dyna-

3 Diese ist der Direktion für Dienstleistungen der Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen (Dirección de Servicios de Economía Cooperativa, Social y Solidaria y Consumo) unterstellt.

4 Alle Zitate aus den Interviews wurden von den Autorinnen des Berichts aus dem Katalanischen ins Spanische übersetzt und von uns ins Deutsche übertragen [Anm. d. Übers.].

miken in Gang gebracht und (Handlungs-)Räume geschaffen, die Vorbildcharakter haben. Denn es ist damit gelungen, verschiedene Bereiche und Ebenen der kommunalen Verwaltung in ein umfassendes feministisches Projekt einzubinden und sie an Diskussions- und Entwicklungsprozessen zu beteiligen, in denen versucht wurde, das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit in sektorspezifische Programme und Maßnahmen zu integrieren. Diese Erfahrungen haben den Blick auf die Sorgearbeit maßgeblich verändert und gehen über die üblichen sozialpolitischen und Gleichstellungsansätze weit hinaus.

Neben dem mit viel Engagement betriebenen Gender-Mainstreaming gab es weitere, feministischen Werten und Zielsetzungen verpflichtete Maßnahmen, die der MGDC vorausgingen und diese prägten. Der Plan für Geschlechtergerechtigkeit (2016–2020) war das erste kommunalpolitische Programm in Barcelona, das den Wert aller für den Lebensunterhalt, die Reproduktion und das Wohlergehen der Gesellschaft erforderlichen Arbeiten anerkannte und eine Umverteilung der Hausarbeit und Sorgetätigkeiten forderte. In dem Plan ist auch von dem Ziel die Rede, die in Privathaushalten stattfindende Sorgearbeit für alle Beteiligten nachhaltig zu gestalten und ihnen mehr öffentliche Unterstützung, sei es durch die Verwaltung oder gemeinnützige Einrichtungen und Dienste, zukommen zu lassen (Regidoria de Feminismes i LGTBI 2016b). Aus ihm ging die sogenannte Strategie gegen die Feminisierung von Armut und Prekarität in

Barcelona (2016–2024) hervor, die im Einklang mit der Erklärung und Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking feststellte, dass Frauen bei der Überwindung von Armut nach wie vor mit zahlreichen Hindernissen konfrontiert sind, insbesondere weil sie eine unverhältnismäßig hohe Verantwortung für die Betreuung und Pflege von Familienmitgliedern tragen und weiterhin den Großteil der unbezahlten Hausarbeit verrichten. Die Strategie befasst sich sowohl mit den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt als auch mit dem Bereich der Haus- und Sorgearbeit und erkennt an, dass es keine eindeutige Grenze zwischen beiden Sphären gibt (Regidoria de Feminismes i LGTBI 2016a).

Erwähnenswert ist außerdem das Bürgerabkommen für ein inklusives Barcelona, das dazu dienen sollte, die soziale Inklusion und die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern. Eine Schlüsselrolle nahm dabei das Netzwerk zur Unterstützung pflegender Angehöriger (Red para el Apoyo a las Familias Cuidadoras) ein, das Vorschläge entwickelte, wie die Sorgearbeit anders betrachtet und demokratischer gestaltet werden kann (Ajuntament de Barcelona 2006). Die Beschäftigungsstrategie für Barcelona (2016–2020), die auf die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze setzte, war ebenfalls aus einer Gleichstellungsperspektive heraus entwickelt worden (Barcelona Activa 2016). Das Gleiche gilt für den Plan zur Förderung der Sozial- und Solidarökonomie (2016–2019) (Comissionat d'Economia Cooperativa/Social i Solidària i Consum 2016).

## 3 DIE STRATEGIE ZUR DEMOKRATISIERUNG DER SORGEARBEIT 2017–2020

Am 26. Mai 2017 wurde die Strategie zur Demokratisierung der Sorgearbeit 2017–2020 in der Stadtverordnetenversammlung von Barcelona vorgestellt (Regidoria de Feminismes i LGTBI i Comissionat d'Economia Cooperativa, Social i Solidària i Consum 2017). Dieses Kapitel gibt einen Überblick zu den theoretischen Grundannahmen und zur politischen Ausrichtung der MGDC, zu den strategischen Schwerpunkten, den an ihrer Ausarbeitung beteiligten Akteur\*innen, den vorgesehenen Maßnahmen und deren Finanzierung.

### 3.1 THEORETISCHER UND POLITISCHER ANSATZ

Seit den 1970er Jahren kritisieren Vertreter\*innen der Feministischen Ökonomie die Konzentration der etablierten Wirtschaftswissenschaft auf die (histo-

risch als männlich geltende) Lohnarbeit. Sie haben nachgewiesen, dass das kapitalistische System für sein Bestehen auf die geschlechtliche Arbeitsteilung und die unbezahlte Sorgearbeit angewiesen ist (Dalla Costa 1975; Ezquerro 2014, 2016; Federici 2010; Fourrier 2017; Mies 2018; Roberts 2008). Zudem verweisen sie auf den wichtigen Beitrag von nicht auf den Markt bezogenen Tätigkeiten für den Erhalt menschlichen Lebens und Wohlbefindens und betonen die herausragende Bedeutung der Care-Ökonomie für das Wirtschaftsleben und die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse (Carrasco 2011). Sie fordern also erstens, Care-Tätigkeiten als wirtschaftlich wertvoll anzuerkennen, zweitens wollen sie die tragende Rolle der Sorgearbeit im kapitalistischen Wirtschaftssystem sichtbar machen und drittens geht es ihnen darum aufzuzeigen, wie sich die Art und Weise der Organisation der Sorgearbeit auf das Leben von Frauen auswirkt



(Rodríguez Enríquez 2015). Die Care-Ökonomie birgt ein großes Potenzial, weil sie dazu beitragen kann, die Sorgearbeit aus ihrer marginalisierten Stellung bzw. ihrem Schattendasein herauszuholen, die ihr in der Vergangenheit zugewiesen wurden. Die Aufgabe muss sein, mit der Vorstellung zu brechen, Sorgearbeit wäre vor allem Frauensache und Teil der Privatsphäre, was sie automatisch, wenn sie überhaupt entlohnt wird, zu einer prekären und schlecht bezahlten (beruflichen) Tätigkeit macht. Es gilt, den Bereich der Sorgearbeit zu politisieren, ihn zum Gegenstand politischer Interventionen und zum Feld gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns zu machen.

Was mit der MGDC mittel- und langfristig erreicht werden sollte, ist eine alternative Form der gesellschaftlichen Organisierung der Care-Arbeit in der Stadt Barcelona und damit ein Beitrag zu einem tiefergreifenden sozioökonomischen Wandel, wie ihn die Feministische Ökonomie vorsieht (Regidora de Feminismes i LGBTI/Comissionat d'Economia Cooperativa 2017). Und doch war sie nur ein Schritt auf der kommunalpolitischen Ebene und damit Teil eines sehr langen Prozesses, der auf verschiedenen politischen und räumlichen Ebenen (regional, national und international) sowie in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stattfinden muss. Die Idee, die hinter der MGDC stand, war, feministische Erkenntnisse und Forderungen aus den Universitäten und sozialen Bewegungen in die Kommunen zu tragen, um dort die von der Feministischen Ökonomie angestoßene Debatte weiterzuführen und ein Modell für eine öffentliche Politik zu schaffen, das als Hebel für Veränderung dienen kann. In diesem Sinne wollte man eine Brücke zwischen den doch eher theoretischen Ansätzen der Feministischen Ökonomie und der Welt der öffentlichen Verwaltung schlagen, wobei Bürokratien eher schwerfällig sind und sich komplexen Transformationsanforderungen am Anfang eher verweigern.

In der MGDC waren drei allgemeine Ziele ausdrücklich festgehalten: 1. die Anerkennung der Sorgearbeit als zentrales Element des sozialen und ökonomischen Lebens der Stadt, 2. die Umsetzung des Rechts auf eine menschenwürdige Pflege und Betreuung über die Einbeziehung und Stärkung der Verantwortung verschiedener gesellschaftlicher Akteur\*innen und 3. die Zurückdrängung sozialer und geschlechtsspezifischer Ungleichheiten und Benachteiligungen, die in der Sorgearbeit zum Tragen kommen und auch ihre Wahrnehmung prägen (ebd.).

Um diesen Paradigmenwechsel herbeizuführen, mussten Veränderungen in der Kommunalpolitik von weiteren Innovationen auf der diskursiven Ebene begleitet werden, die ihnen Sinn verliehen. Es ging darum, wegzukommen von der in den sozialen Diensten und in der Sozialarbeit vorherrschenden Perspektive auf Pflege und Betreuung als individuelles Pro-

blem und Abhängigkeitsverhältnis, und stattdessen den Care-Bereich als einen kollektiven Aufgabenbereich zu betrachten und zu politisieren. Aus diesem Grund waren die Ausarbeitung und Umsetzung der Programme und Maßnahmen von einem intensiven Prozess der Diskussion und Reflexion über die Erfordernisse, Aufgaben und das Verständnis von Sorgearbeit begleitet. Ein Ergebnis war die Aufnahme des Konzepts der Interdependenz in die MGDC und damit ein Bruch mit dem dichotomen Denken und der hierarchischen Vorstellung, wonach auf der einen Seite die Hilfebedürftigen stehen, die auf Sorgearbeit angewiesen sind, und auf der anderen Seite diejenigen, die als vermeintlich autonome Subjekte keinerlei Unterstützung benötigen. Denn erst wenn die Sorgearbeit aufgrund der allen Menschen innewohnenden Verletzlichkeit als universelle Notwendigkeit anerkannt wird, gerät sie als gesamtgesellschaftliche und politische Herausforderung in den Blick und wird nicht länger als Sonderproblem behandelt, das vor allem Bevölkerungsgruppen mit einem außergewöhnlich hohen Pflege- und Betreuungsbedarf betrifft.

Die MGDC bezog sich bei der Definition von Sorgearbeit auf die Internationale Arbeitsorganisation (ILO 2015). Derzufolge umfasst Sorgearbeit sämtliche Tätigkeiten, die der Befriedigung der physischen, psychischen und emotionalen Bedürfnisse einer oder mehrerer Personen im öffentlichen und/oder privaten Bereich dienen. Sie können sowohl Teil der formellen als auch der informellen Wirtschaft sein, das heißt, ein Teil findet entlohnt, ein anderer unentlohnt statt. Damit wird Sorgearbeit unabhängig von den jeweiligen Rahmenbedingungen, unter denen sie ausgeübt wird, als wirtschaftlich und gesellschaftlich relevant, weil wertschöpfend und wichtig für das Wohlbefinden der Menschen anerkannt. Zudem war damit klar, dass sich eine dynamische Care-Politik nicht nur an diejenigen zu richten hat, die Pflege und Betreuung benötigen, sondern auch an diejenigen, die sie leisten.

Diese Ausrichtung der MGDC und ihre strategische Ansiedlung im Dezernat für Arbeit, Wirtschaft und strategische Planung (im Folgenden Wirtschafts-Dezernat) der Stadtverwaltung von Barcelona brachten wesentliche Veränderungen bei den traditionellen institutionellen Zuständigkeiten und Abgrenzungen mit sich. Erstens gehörte es nun zur Aufgabe der kommunalen Wirtschaftspolitik, über den regulären Arbeitsmarkt hinauszuschauen. Das heißt, neben einer Überprüfung der gängigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf ihre genderspezifischen Implikationen sollte sich der Blick der Verwaltung nun gezielt auch auf die unbezahlte Sorgearbeit in den Familien und im informellen Sektor richten. Auf diese Weise kam die Stadtverwaltung von Barcelona der alten feministischen Forderung nach, Haus- und Sorgearbeit als Arbeit anzuerkennen (Carrasco/Almeda 2006).

Zweitens war man sich einig, dass es – um Care als zentrales Thema in der städtischen Politik zu verankern – notwendig war, die klassische wohlfahrtsstaatliche und entpolitisierte Sichtweise darauf aufzugeben, und damit auch die traditionelle Zuständigkeit der sozialen Dienste für Pflege- und Betreuungsaufgaben.

### **3.2 STRATEGISCHE SCHWERPUNKTE UND DIMENSIONEN**

Die MGDC ging davon aus, dass ein universeller Zugang zu Care-Leistungen sowie eine sozial und geschlechtergerechtere Arbeitsteilung und Erbringung dieser Leistungen eine grundlegende Demokratisierung des Care-Sektors voraussetzen – sowohl im Sinne derjenigen, die die Leistungen in Anspruch nehmen, als auch derjenigen, die sie erbringen. Die herkömmliche Form der Organisation von Care, so die aus der Feministischen Ökonomie übernommene Kritik, ist in vielerlei Hinsicht (aus klassentheoretischer, feministischer, antirassistischer Perspektive) zutiefst ungerecht und antidemokratisch, da sie auf strukturelle Weise vielfältige soziale Ungleichheiten und Benachteiligungen produziert und reproduziert. Mit der Zielsetzung der Demokratisierung der Sorgearbeit ging daher unweigerlich der Anspruch einher, auch die Rahmenbedingungen, unter denen sie erbracht wird und die verantwortlich für diese strukturellen Ungleichgewichte und Benachteiligungen sind, zu verändern (Regidoria de Feminismes i LGTBI/Comissionat d'Economia Cooperativa 2017). Dies ist der Hintergrund für die Festlegung der im Folgenden beschriebenen strategischen und bereichsübergreifenden Handlungsschwerpunkte, die den sogenannten Rahmen für die Demokratisierung der Sorgearbeit (Marco de Democratización del Cuidado) bildeten. Er diente als konzeptionell-politische Orientierung für die MGDC als Ganzes und ist heute noch relevant für verschiedene Bemühungen, die gemachten Erfahrungen aufzuarbeiten und zu analysieren (Alonso Méndez/González 2020; Celi Medina/Ezquerria 2020; Comas-d'Argemir 2019; Ezquerria/Huerta 2020; Keller Garganté/Ezquerria 2021). Die vier strategischen Schwerpunkte, aus denen er sich zusammensetzt, sind:

- die Anerkennung der zentralen gesellschaftlichen Bedeutung der Sorgearbeit;
- das Ziel einer stärkeren Vergesellschaftung der Sorgearbeit;
- die Beseitigung der aus intersektionaler Sichtweise überaus ungerechten und einseitigen Arbeitsteilung im Care-Sektor, die zulasten bestimmter (bereits benachteiligter) Bevölkerungsgruppen geht;
- Empowerment derer, die Sorgearbeit leisten, und derer, die Care-Leistungen erhalten.

#### **3.2.1 Zentrale strategische Schwerpunkte**

Mit dem ersten Schwerpunkt Anerkennung der zentralen gesellschaftlichen Bedeutung der Sorgearbeit war der Anspruch verbunden, die verschiedenen Aspekte, Dimensionen und Bedeutungen von Sorgearbeit sichtbar zu machen. Das bedeutete in erster Linie, «den wirtschaftlichen Beitrag der Sorgearbeit für die Gesellschaft zu berücksichtigen, ohne aus dem Blick zu verlieren, wer diesen Beitrag leistet» (13). Zu diesem Zweck gab die Stadtverwaltung diverse Erhebungen und Studien in Auftrag, um diesen Beitrag «zu messen» und um herauszufinden, wie die öffentliche Politik Einfluss auf die Ausgestaltung der Sorgearbeit nehmen kann und welche Diskussionen, Auseinandersetzungen und neuen Visionen notwendig sind, um den Status quo und die Machtverhältnisse, auf die er sich stützt, zu ändern. Ziel war dabei, die Sorgearbeit nicht mehr als etwas Unangenehmes, aber Unvermeidliches zu betrachten, das dem modernen Leben äußerlich ist, sondern als integralen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens, als etwas, das auf Interdependenz und dem Prinzip der Nachhaltigkeit beruht (Regidoria de Feminismes i LGTBI/Comissionat d'Economia Cooperativa 2017). Außerdem hatte sich die Stadtverwaltung zur Aufgabe gemacht, stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, dass die Gewährleistung des Zugangs zu Care häufig auf Kosten bestimmter sozialer Gruppierungen geht (Pérez-Orozco 2016). Damit ist gemeint, dass die Art und Weise, wie derzeit die Sorgearbeit organisiert ist, ungerecht und wenig zukunftsträchtig ist, da sie die Gefahr der sozialen Ausgrenzung derjenigen birgt, die sie erbringen, ob nun bezahlt oder unbezahlt. Sorgearbeit leistende Menschen haben überdurchschnittlich viele gesundheitliche Probleme, verfügen über weniger Zeit für sich, leiden unter größerer sozialer Isolation, sind weniger in der Lage dazu, eigene Wünsche und Projekte zu verfolgen, und ihre Arbeitsbedingungen sind oft äußerst prekär (Ezquerria 2018; Ezquerria/Mansilla 2018).

Der zweite strategische Schwerpunkt zielte auf eine stärkere Vergesellschaftung der Sorgearbeit. In den letzten Jahren hat die Forderung nach einer Umverteilung von Pflege, Kinderbetreuung etc. an öffentlicher Unterstützung gewonnen. Zu Beginn stand im Zentrum der Debatte die unterschiedliche familiäre Belastung von Frauen und Männern. Inzwischen wird zunehmend die Tatsache problematisiert, dass ein Großteil der anfallenden Sorgearbeit unbezahlt von Angehörigen übernommen wird. Von daher muss «eine politische Agenda mit dem Ziel der Demokratisierung der Sorgearbeit, die dazu beitragen will, deren zentralen gesellschaftlichen und ökonomischen Stellenwert zu würdigen, eine grundlegende Neuverteilung der Verantwortung anstreben, die sich nicht auf die Privathaushalte beschränkt» (Regidoria de Feminismes i LGTBI/

Comissionat d'Economia Cooperativa 2017). Mit der Anerkennung der besonderen gesellschaftlichen Bedeutung der Sorgearbeit geht die Forderung einher, dass alle gesellschaftlichen Akteur\*innen und Institutionen (öffentliche Einrichtungen, die Verwaltung, der privatwirtschaftliche und der gemeinnützige Sektor) mehr Verantwortung dafür übernehmen müssen. Nur so kann der Überlastung von Familien und insbesondere von Frauen entgegengewirkt werden (Ezquerria 2018; Ezquerria/Mansill 2018). Aus diesem Grund beschränkte sich die MGDC nicht darauf, Care in der privaten Sphäre zu erleichtern oder anders zu gestalten, sondern versuchte im Rahmen der Strategie einer stärkeren Vergesellschaftung dieses Sektors möglichst viele Akteur\*innen daran zu beteiligen.

### **3.2.2 Bereichsübergreifende strategische Schwerpunkte**

Der dritte Schwerpunkt Beseitigung der ungerechten und einseitigen Arbeitsteilung im Care-Sektor erforderte es sowohl die materiellen Bedingungen als auch die stereotypen Vorstellungen in Bezug auf Geschlechterrollen, Klasse und/oder ethnische Herkunft zu adressieren, die dazu beitragen, dass Sorgearbeit hauptsächlich von Frauen mit Migrationshintergrund und/oder niedrigem sozioökonomischen Status übernommen wird. Ein weiteres Ziel war, die Bereitschaft der Männer zu stärken, Pflege- und Betreuungsaufgaben zu übernehmen, sowie Schritte und Maßnahmen anzustoßen, um die vielfältigen strukturellen Ungleichheiten abzubauen, die mit der derzeitigen ungerechten Arbeitsteilung im Care-Sektor zusammenhängen (Ezquerria 2018; Ezquerria/Mansilla 2018; Regidoria de Feminismes i LGBTBI/Comissionat d'Economia Cooperativa 2017).

Auch der vierte Schwerpunkt Empowerment derjenigen, die Sorgearbeit leisten, und derjenigen, die sie in Anspruch nehmen, hatte mehrere Dimensionen und Zielsetzungen: eine gesteigerte Wertschätzung der Sorgearbeit Leistenden und Care-Leistungen Empfangenden (individuelles Empowerment) sowie die Überwindung der sozialen Isolation, mit der die Verrichtung von Sorgearbeit und die Abhängigkeit von Care in der Regel einhergeht (relationales Empowerment). Zugleich wollte man Begegnungen und den Austausch zwischen verschiedenen Akteur\*innen fördern, um damit Initiativen und Bewegungen für einen gesamtgesellschaftlichen Wandel und eine Demokratisierung von regressiven Strukturen in Gang zu bringen, die dem alten System der Organisation von Sorgearbeit zugrunde liegen (kollektives Empowerment; vgl. Ezquerria 2018; Ezquerria/Man-

silla 2018; Regidoria de Feminismes i LGBTBI/Comissionat d'Economia Cooperativa 2017).

### **3.3 AN DER AUSARBEITUNG DER MGDC BETEILIGTE AKTEUR\*INNEN**

An der Ausarbeitung der MGDC war ein breit aufgestelltes Team beteiligt. Die ersten konzeptionellen Grundlagen schuf die Kommission für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen, die gemeinsam mit dem Dezernat für Feminismus und LGBTI die politische Führungsrolle innehatte. Eine extra gegründete Lenkungsgruppe koordinierte und begleitete den gesamten Prozess. Sie setzte sich aus Mitarbeiter\*innen der beiden beteiligten Verwaltungseinheiten sowie zwei externen Berater\*innen aus der Wissenschaft und der Sozial- und Solidarökonomie zusammen.

Ganz im Sinne des Gender-Mainstreaming und mit dem Ziel, möglichst viele Ebenen der Stadtverwaltung zu beteiligen und zu einer Zusammenarbeit zu bewegen, wurde eine abteilungsübergreifende Kommission (Comisión Interdepartamental) geschaffen, in der Vertreter\*innen aus folgenden Verwaltungseinheiten und Einrichtungen zusammenkamen: 1. Abteilung Gender-Mainstreaming, 2. Direktion für Leistungen im Dezernat für Feminismus und LGBTI (Dirección de Servicios de Feminismos y LGBTBI), 3. Direktion für gemeinschaftliche Aktion (Dirección de Acción Comunitaria), 4. Abteilung für Interventionen bei geschlechtsspezifischer Gewalt (Departamento de Atención y Acogida por Violencia de Género), 5. Dienst für Männer zur Förderung gewaltfreier Beziehungen (Servicio de Atención a Hombres para la Promoción de Relaciones no Violentas), 6. Direktion für soziale Dienstleistungen (Dirección de Servicios de Intervención Social), 7. Städtisches Institut für soziale Dienste (Instituto Municipal de Servicios Sociales), 8. Städtisches Institut für Menschen mit Einschränkungen (Instituto Municipal de Personas con Discapacidad), 9. Städtisches Bildungsinstitut von Barcelona (Instituto Municipal de Educación de Barcelona), 10. Gesundheitsabteilung (Departamento de Salud), 11. Barcelona Activa,<sup>5</sup> 12. Direktion für Management und Arbeitsbeziehungen (Dirección de Gestión y Relaciones Laborales), 13. Direktion für Leistungen der Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und für Verbraucherfragen (Dirección de Servicios de Economía Cooperativa, Social y Solidaria y Consumo), 14. Abteilung für Zeitpolitik und Förderung der Care-Ökonomie (Departamento de Programas de Tiempo y Economía de los Cuidados), 15. Direktion für Kommunikation

<sup>5</sup> Barcelona Activa ist der Name der Agentur für wirtschaftliche Entwicklung von Barcelona. Im Zentrum ihrer Arbeit stehen die Schaffung hochwertiger Beschäftigungsmöglichkeiten, die Förderung des Unternehmertums und die Unterstützung der lokalen Ökonomie.

(Dirección de Comunicación) und 16. Direktion für Koordination und strategische Programme (Dirección de Coordinación y Programas Estratégicos).

Zunächst wurde der Rahmen für die Demokratisierung der Sorgearbeit (Marco de Democratización de los Cuidados) einer ausgewählten Fachöffentlichkeit vorgestellt, um die Schwerpunktsetzungen und vorgeschlagenen Maßnahmen zu diskutieren. Eingeladen waren Wissenschaftler\*innen, Vertreter\*innen wichtiger Wohlfahrtsorganisationen und Verbände, die mit Sorgearbeit befasst sind, sowie Repräsentant\*innen sozialer Bewegungen und Initiativen wie der feministischen Bewegung, der Bewegung für die Rechte von Menschen mit Migrationshintergrund, der Gewerkschaftsbewegung und der Bewegung für die Rechte von Hausangestellten.<sup>6</sup> Das Feedback half der Lenkungsgruppe dabei, nicht nur die bereits von Verwaltungsseite geplanten Maßnahmen zu ordnen und zu priorisieren, sondern lieferte auch Anregungen, Kritikpunkte und neue Ideen, die in den Strategieplan integriert werden konnten.

### 3.4 VORGESEHENE SCHRITTE UND MASSNAHMEN

Am Ende sah die MGDC 68 Maßnahmen und Vorhaben vor, die sich an den übergeordneten Zielsetzungen orientierten und sich den oben dargestellten vier strategischen Schwerpunkten zurechnen lassen. Eine Übersicht aller vorgesehenen Maßnahmen und Projekte findet sich in Tabelle 1.<sup>7</sup> Mit 44 Maßnahmen entfiel der größte Teil auf den strategischen Schwerpunkt Vergesellschaftung von Sorgearbeit. Die Hälfte davon (22 Maßnahmen) verfolgte das Ziel, die öffentliche Verwaltung stärker in die Verantwortung zu nehmen und deren Angebote zur Unterstützung von Care-Leistenden und Care-Bedürftigen auszubauen. Zum einen wurden ganz neue Dienste geschaffen, zum anderen wurde die Qualität bereits bestehender Leistungen verbessert bzw. deren Reichweite deutlich ausgeweitet. Zehn Maßnahmen richteten sich an gemeinnützige Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Initiativen. Die Stadtverwaltung förderte eine Reihe bereits existierender Projekte und unterstützte die Gründung bzw. Weiterentwicklung von neuen Vorhaben sowie die Zusammenarbeit bzw. den Austausch von Selbsthilfe- und anderen Gruppen. Zudem wurden Schritte unternommen, um Sorgearbeit stärker in die Sozial- und Solidarwirtschaft zu

integrieren und Ansätze zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und für eine bessere Zeitpolitik in diesem Sektor zu fördern (fünf Maßnahmen). In zehn Maßnahmen ging es um die Optimierung der Qualität von kommerziell organisierten Pflegeleistungen und um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Unternehmen, die für die Kommune Pflegedienstleistungen erbringen bzw. diese koordinieren. Das hat den Hintergrund, dass die Stadt Barcelona in der Vergangenheit einen sehr großen Teil der professionellen Pflege in den Privatsektor ausgelagert hat. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die MGDC keinerlei Schritte der Rekommunalisierung vorsah, um diesen Prozess der Privatisierung wieder umzukehren.

Von den 24 Maßnahmen, die dem Schwerpunkt Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeutung der Sorgearbeit zuzuordnen sind, dienten 17 der Aufwertung von Sorgearbeit und sieben befassten sich mit dem Problem, dass die Art und Weise, wie Sorgearbeit derzeit organisiert ist, in der Regel zulasten bestimmter Bevölkerungsgruppen geht. Zu den ersteren Maßnahmen gehörten Kommunikations-, Werbe- und Informationskampagnen, kommunalpolitische Interventionen, um gesellschaftliche Debatten zum Thema Sorgearbeit anzustoßen, die Erarbeitung von neuen Indikatoren zur Beurteilung gelungener Care-Arrangements, die Erhebung statistischer Daten und Veröffentlichung von Studien, um das Bewusstsein für die Probleme rund um die Sorgearbeit und deren Organisation zu schärfen und diesbezüglich einen Wertewandel herbeizuführen. Des Weiteren bemühte sich die Stadtverwaltung um die konkrete Verbesserung der Arbeitsbedingungen von im Care-Sektor Beschäftigten in Barcelona und setzte sich bei der spanischen Zentralregierung bzw. der Regierung der Autonomen Gemeinschaft Katalonien für einen größeren rechtlichen Schutz von in privaten Haushalten Angestellten ein.

### 3.5 BUDGET

Ursprünglich waren für die MGDC für den Zeitraum von 2017 bis 2020 Mittel in Höhe von über 59 Millionen Euro vorgesehen. Nicht eingerechnet sind dabei die Kosten für das an der Umsetzung der MGDC beteiligte Personal der Stadt Barcelona sowie die Mittel, die bereits im Jahr vor der Vorstellung der MGDC (2016) für Maßnahmen zur Demokratisierung der

6 Die folgenden Organisationen haben am Monitoring mitgewirkt: die Frauensektion der Gewerkschaft Comisiones Obreras, die Gewerkschaft der Hausangestellten Sindillar, der Verein Mujeres Pa'lante, die Kooperative Col·lectiu Punt 6, die Stiftung Surt, die Kommission Feministische Ökonomie des Netzwerks Solidarische Ökonomie (Red de Economía Solidaria), die Gruppe Frauen und Arbeit (Mujeres y Trabajos) von Ca la Dona, die Universität de Vic-Universität Central de Catalunya, das Beratungsunternehmen Ekona, der Familienverband und die Kinderbetreuungsgruppe Mama-G und die Kinderbetreuungsgruppe La Tribu Suguru und Irdia, ein Verband und Zentrum zur Verteidigung der Menschenrechte.

7 Aus Platzgründen werden die Informationen in Tabelle 1 zusammengefasst dargestellt. Für weitere Informationen zu den Maßnahmen siehe Regidoria de Feminismes i LGTBI/Comissionat d'Economia Cooperativa, Social i Solidària i Consum 2017.

Sorgearbeit bereitgestellt wurden und sich auf 163 Millionen Euro beliefen. Der strategische Schwerpunkt der Anerkennung der zentralen gesellschaftlichen Bedeutung der Sorgearbeit hatte ein Budget in

Höhe von 1,2 Millionen Euro. Auf den strategischen Schwerpunkt der Vergesellschaftung der Sorgearbeit wiederum entfiel mit 57,7 Millionen Euro der größte Teil des Budgets der MGDC (98 Prozent).

**Tabelle 1: Zusammenfassung der in der MGDC vorgesehenen Maßnahmen**

Strategische Schwerpunkte und Ziele	
Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeutung von Sorgearbeit	
	<b>Sorgearbeit aufwerten</b>
	Kommunikationskampagne zur Bedeutung von Sorgearbeit und zu alternativen Care-Konzepten
	Pilotversuch, eine gesellschaftliche Debatte über die Perspektive einer Care-Ökonomie anzuregen
	Förderung von Informationsveranstaltungen zum Thema gerechtere Organisation der Sorgearbeit
	Beauftragung und Veröffentlichung von Studien und Materialien, um die gesellschaftliche Bedeutung von Sorgearbeit sichtbar zu machen
	Bildungsprogramm zur gesellschaftlichen Organisation der Sorgearbeit mit Jugendlichen und älteren Menschen
	Aufnahme des Paradigmas der Demokratisierung der Sorgearbeit in die Lehrpläne der Schulen
	Bildungsprojekte zum Thema geschlechtergerechte Betreuung in Kindergärten für Erzieher*innen und Familien
	Schulungsmodulare zur Care-Ökonomie für in der kommunalen Verwaltung Beschäftigte
	Lokalstaatlicher Strategieplan zum Thema Stadtplanung und Gender unter Einbeziehung von Care-Bedürfnissen
	Projekte zur Sichtbarmachung der Sorgearbeit mithilfe neuer Technologien und sozialer Netzwerke
	Entwicklung neuer Indikatoren zur Bewertung der Lage der Sorgearbeit auf kommunaler Ebene
	Aufnahme neuer Indikatoren in bereits existierende kommunale Erhebungen
	Aufforderung an die Verwaltungen auf regionaler und nationaler Ebene, Rechtsvorschriften und Vorgaben für die Betreuung von Kindern und älteren Menschen zu schaffen oder anzupassen (für Männer und Frauen gleich ausgestaltete und nicht übertragbare Elternzeit, Freistellung für die Betreuung von chronisch kranken Kindern, Freistellung für die Betreuung von Angehörigen, Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für die Betreuung älterer Menschen)
	Untersuchungen, inwieweit sich in der öffentlichen Verwaltung eine Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Möglichkeit, den Arbeitsort frei zu wählen, positiv auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auswirken
	Aufklärungskampagnen für kommunale Beschäftigte in Bezug auf ihre Rechte, was die Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrifft
	Überprüfung, wie der Zugang zu kommunalen Angeboten der Betreuung älterer Menschen verbessert werden kann
<b>Garantieren, dass Sorgearbeit nicht zulasten bestimmter Bevölkerungsgruppen geht</b>	
	Studie über die Beschäftigungssituation von Hausangestellten und Care-Leistenden in Barcelona
	Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Care-Tätigen durch entsprechende Klauseln in den Vergaberichtlinien bei öffentlichen Aufträgen
	Informationen über berufliche Risiken bei der Sorgearbeit und Aufforderung an die spanische Regierung, eine entsprechende Berichtspflicht in die Gesetzgebung aufzunehmen
	Aufnahme von Informationen über Rechte in Ausbildungslehrgänge für Care-Berufe
	Unterstützung der Zusammenschlüsse von Care-Leistenden beim Kampf für ihre Rechte vonseiten der Stadtverwaltung
	Öffentlichkeitskampagne, um für «faire Beschäftigung» in Privathaushalten zu werben
	Aufforderung an die Verwaltungen auf regionaler und nationaler Ebene, die arbeitsrechtliche Situation für die Sorge- und Hausarbeit zu verbessern, die geltenden Rechtsvorschriften an das Übereinkommen 189 der ILO anzupassen, Teile des Ausländergesetzes aufzuheben, die Hausangestellte und Care-Tätige mit Migrationshintergrund diskriminieren, und die Bedingungen beitragsunabhängiger Grundrenten zu verbessern
<b>Vergesellschaftung von Sorgearbeit</b>	
	<b>Stärkung gemeinnütziger und zivilgesellschaftlicher Initiativen</b>
	Regelungsrahmen für die Schaffung von Kinderbetreuungsgruppen, die die Sorgearbeit demokratisieren
	Förderung kollektiver Wohnformen für pflegebedürftige ältere Menschen
	Pilotversuch für ein generationsübergreifendes gemeinschaftliches Care-Wohn-Modell
	Ausweitung von Programmen für gemeinschaftliches Wohnen
	Studie, wie nachhaltige Modelle einer öffentlich-gemeinschaftlichen Sorgearbeit aussehen können
	Schaffen von nachbarschaftlichen und anderen sozialen Netzwerken zur Prävention unerwünschter Einsamkeit

Strategie zur Unterstützung von Angehörigen/Familien, die Sorgearbeit leisten
Ausweitung von Initiativen zur Unterstützung von Care-Tätigen und Stärkung von Selbsthilfegruppen
Förderung von Initiativen und Begegnungsräumen speziell für Care-Leistende mit Migrationshintergrund
Unterstützung von integrativ wirkenden Freizeitaktivitäten für Menschen mit Einschränkungen
<b>Stärkung der Verantwortung des öffentlichen Sektors</b>
Schaffung eines Informationszentrums zu Angeboten und Fragen der Sorgearbeit in der Stadt
Ausbau des bereits bestehenden Netzwerks von Familienzentren (um fünf weitere Zentren)
bessere Koordinierung von Kinderbetreuungsdiensten
Flexibilisierung der Betreuungszeiten und -tage in Kindergärten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern
Bereitstellung von Bildungsbausteinen zu Sorgearbeit für die Verwendung in kommunalen Schulen
Schaffung von zehn neuen kommunalen Kindergärten
Berücksichtigung von Kinderbetreuungsbedürfnissen bei politischen Beteiligungsprozessen auf kommunaler Ebene
Stärkung der psychosozialen Begleitung von Menschen, die Sorgearbeit in Anspruch nehmen, und ihren Familien
Einrichtung einer solidarischen Verleihstation mit Hilfsmaterialien für die Sorgearbeit (Rollstühle, Rollatoren, verstellbare Betten, Gehhilfen, ...)
Studie zu den Möglichkeiten einer kommunalen Plattform zur Organisation häuslicher Pflegedienstleistungen
Überprüfung und Verbesserung des Modells der Tageszentren für ältere Menschen
Stärkung des Programms für pflegende Angehörige
Stärkung der Unterstützung alleinerziehender Mütter und Familien, die sich in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befinden
Pilotprojekt Kinderbetreuungsdienst für Menschen ohne Beziehungsnetz und Menschen, die sich im Prozess der beruflichen Eingliederung befinden
Ausarbeitung eines Leitfadens, um den Zugang zu kommunalen Betreuungs- und Unterstützungsdienstleistungen zu erleichtern
Pilotversuch zur Minderung der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Langzeitpflege von Angehörigen
Studie darüber, mit welchen Anreizen eine faire Beschäftigung von Hausangestellten bzw. Care-Tätigen von staatlicher Seite gefördert werden kann
Programm zur Förderung der stärkeren Beteiligung von Männern an der Sorgearbeit
vorrangige Berücksichtigung von Vorerfahrungen in der Sorgearbeit, der lokalen Verankerung und einer angemessenen Entlohnung der Beschäftigten bei der kommunalen Auftragsvergabe im Care-Bereich
Einbeziehung von barrierefreien Räumen in die architektonische Gestaltung von Sozialwohnungen
finanzielle Unterstützung für die funktionelle Anpassung der eigenen Wohnung
mehr Unterstützung beim Umbau und bei der Sanierung von Gebäuden, um sie barrierefrei zu gestalten (Aufzüge)
<b>Verbesserung der Bedingungen für professionell erbrachte Pflege</b>
Verbesserung der Ausbildung und Validierung der von professionell Care Leistenden benötigten Kompetenzen
Schulungsmodulare für Unternehmen zur Demokratisierung der Sorgearbeit
Förderung des Zugangs von Arbeitslosen mit Sorgeverantwortung zu kommunalen Arbeitsvermittlungsdiensten
Förderung neuer Beschäftigungsnischen in der Sorgearbeit
Aufnahme von therapeutischen Unterstützungsdiensten und Schulungen für professionelle Care-Tätige in die Auftragsvergabe für kommunale Care-Leistungen
regelmäßige Kontrollen von Unternehmen und Einrichtungen, die kommunale Care-Dienste verwalten, um sicherzustellen, dass sie die Arbeitsrechte der Beschäftigten respektieren
Kontrolle der Anwendung der Sozialklausel zur Geschlechterparität in Unternehmen, die Dienstleistungen im Auftrag der Stadtverwaltung ausführen (Bildungssektor, Reinigung, Alltagsbegleiter*innen bzw. Betreuungsassistent*innen usw.)
<b>Stärkere Einbeziehung der Sozial- und Solidarökonomie (SSÖ)</b>
Ausweitung kommunaler Programme zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf, Privatleben und Familie
Durchführbarkeitsstudie für neue Managementmodelle mit Care-Tätigen und -Nutzer*innen
Leitfaden zur Einführung von Ansätzen der Feministischen Ökonomie in die Sozial- und Solidarökonomie
Aufklärung und Sensibilisierung für bewährte Praktiken der Demokratisierung der Sorgearbeit in Unternehmen der SSÖ
Leitfaden zur Einführung der Demokratisierung der Sorgearbeit in Unternehmen und Einrichtungen der SSÖ

Quelle: eigene Ausarbeitung auf Grundlage des Dokuments Regidoria de Feminismes i LGTBI/Comissionat d'Economia Cooperativa 2017.

## 4 UMSETZUNG

Unmittelbar nach ihrer öffentlichen Vorstellung wurde mit der Umsetzung der MGDC begonnen. In diesem Kapitel werden die institutionellen Bemühungen der Stadtverwaltung beschrieben, geeignete Strukturen und Strategien zu entwickeln, um das Thema Care-Politik auf möglichst vielen Verwaltungsebenen und als Wirtschaftsthema zu verankern. Zudem wird kurz auf das Monitoringsystem eingegangen. Im Anschluss daran beschreiben wir, welche Auswirkungen die neuen politischen Rahmenbedingungen in der Stadt ab 2019 auf die Umsetzung der MGDC hatten. Der abschließende Teil dieses Kapitels ist den wichtigsten Maßnahmen gewidmet, die in diesen Jahren im Rahmen der MGDC entwickelt wurden.

### 4.1 UMSETZUNG AUF INSTITUTIONELLER EBENE

Die Umsetzung der MGDC oblag der gemeinsamen politischen und fachlichen Leitung der Kommission für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen und des Dezernats für Feminismus und LGBTI. Wie bereits erwähnt, hatte man sich bewusst dafür entschieden, diese Aufgabe nicht allein dem Feminismus-Dezernat zu übertragen, da im Einklang mit dem Konzept der Feministischen Ökonomie der Anspruch darin bestand, den Care-Bereich auch wirtschaftspolitisch zu betrachten und mit seinem Umbau einen gesellschaftlich weitreichenden strukturellen Wandel herbeizuführen.

Dennoch spielte das Dezernat für Feminismus und LGBTI mit seinen theoretischen Überlegungen, seinem Fachwissen und seinen einschlägigen Kontakten und Verbindungen eine wesentliche Rolle. Gerade in den ersten beiden Jahren hatte die koordinierte Zusammenarbeit zwischen diesem Dezernat und der Kommission für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen viele Vorteile für die Entwicklung der MGDC, wengleich dieser zweigleisige Ansatz gelegentlich dazu führte, dass unklar war, von wo die Führung ausging:

«Auch wenn die politische und fachliche Leitung theoretisch bei der Kommission für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen lag, glaube ich, dass sie in Wirklichkeit gemeinsam mit dem Feminismus-Dezernat wahrgenommen wurde. Es herrschte ein gewisses Ungleichgewicht, weil wir theoretisch die Führungsposition innehatten, die Zusammenarbeit mit bestimmten Sektoren aber vom Dezernat ausging. Ich

glaube aber, dass uns das mit dem bereichsübergreifenden Ansatz ganz gut gelungen ist. Er hatte den Vorteil, dass wir unsere Kräfte gebündelt haben. Er hatte aber auch den Nachteil, dass in Situationen, in denen politische Führung gefragt war, manchmal nicht klar war, wer sie übernehmen würde, oder dass die Kommission nicht bereit war, sie zu übernehmen.» (E5)

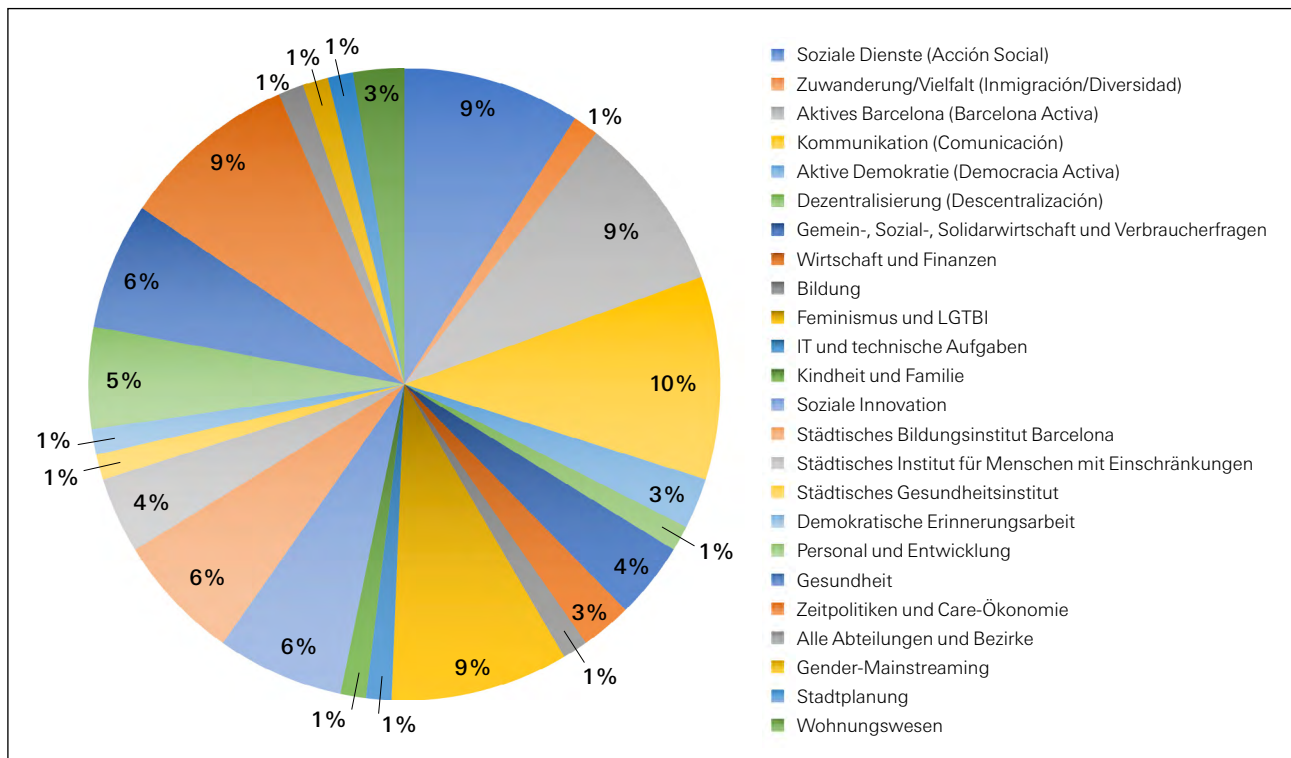
Der spezifische organisatorische Ansatz der MGDC sah vor, alle Bereiche und Einrichtungen in die Umsetzung einzubeziehen, die nach dem Verständnis der Feministischen Ökonomie für die Care-Politik relevant sind. Das hieß auch, die tausendfach in den Familien geleistete unbezahlte Sorgearbeit mitzuberücksichtigen. Wie in Abbildung 1 dargestellt, waren 24 verschiedene Einheiten der Stadtverwaltung sowie kommunale Institutionen und Akteur\*innen an der Umsetzung beteiligt, darunter Ämter, Dezernate, Abteilungen und städtische Einrichtungen, die nach traditioneller Auffassung nichts mit Care-Politik zu tun haben, beispielsweise Wirtschaft und Finanzen (Economía y Hacienda), Wohnungswesen (Vivienda), Bildung (Educación), Demokratisches Gedächtnis (Memoria Democrática) und Soziale Innovation (Innovación Social). Die Verantwortung für die meisten Maßnahmen und damit das größte Gewicht innerhalb der MGDC lag allerdings bei der Abteilung für Zeitpolitik und Förderung der Care-Ökonomie (7), dem Dezernat für Feminismus und LGBTI (7), der Abteilung für Soziale Dienste (Acción Social) (7) und Barcelona Activa (7).

Auf diese Weise wurde der Weg für die bereichsübergreifende Einbeziehung der Sorgearbeit jenseits ihrer historischen Verortung in den sozialen Diensten geebnet. Gleichzeitig trug man aber auch den langjährigen Arbeitserfahrungen der «traditionellen Akteur\*innen» auf diesem Feld Rechnung, das galt insbesondere für die Abteilung Acción Social. Es wurde eine ausgewogene Verteilung der Verantwortlichkeiten angestrebt, damit niemand Angst haben musste, aus seinem vertrauten Tätigkeits- und Kompetenzbereich verdrängt zu werden. Damit gelang es aber auch, neue Akteur\*innen einzubeziehen und für eine Zusammenarbeit zu motivieren. All jene, die direkt oder indirekt etwas im weitesten Sinne mit Care-Politik zu tun haben – auch wenn sie es bis dato größtenteils nicht so aufgefasst hatten –, waren dazu angehalten, von nun an ihre diesbezüglichen Aktivitäten zu koordinieren und sie feministisch und transformatorisch auszurichten.

Damit die Maßnahmen der MGDC überall in der Stadt wirksam werden konnten, richtete die Stadtverwaltung in sämtlichen Bezirken<sup>8</sup> zudem neue Referen-

8 In Barcelona gibt es zehn Stadtbezirke, die wiederum in 73 Stadtteile untergliedert sind.

Abbildung 1: Maßnahmen der MGDC nach Bereichen der Stadtverwaltung von Barcelona



Quelle: eigene Ausarbeitung anhand der Daten der MGDC

tenstellen für die Förderung der Care-Ökonomie ein. Dieser Prozess war alles andere als einfach: Für die meisten, die diese Stellen besetzten, war das Thema völlig neu, und es kam vor, dass die Informationen über die neuen Zuständigkeiten und die Ziele der MGDC nicht überall richtig ankamen. Für die Referent\*innen wurden Schulungen zum Thema Feministische Ökonomie und Care-Ökonomie organisiert. Die Entwicklung politischer Strategien aus dieser Perspektive war jedoch eine völlig neue Herausforderung, was vor allem der Komplexität der Thematik und dem Problem, wie dies in konkrete Maßnahmen mit möglichst großer Reichweite überführt werden kann, geschuldet ist. Nicht immer verstanden die Mitarbeiter\*innen der Dezernate, die für die Schulungen verantwortlich waren, die Besonderheiten der MGDC und die spezifischen Bedürfnisse auf Bezirksebene. Zudem sah sich das Personal in den Stadtbezirken mit weiteren Schwierigkeiten konfrontiert, wie etwa einer starken Arbeitsüberlastung. Anders als die Umsetzung einer bereits etablierten Politik erfordern neue politische Strategien und Vorhaben bei der Umsetzung kreative Anstrengungen. Man muss sich bemühen, deren Zielsetzungen zu durchdringen und diese in konkrete Politik zu übersetzen. Das kann von den Teams als zusätzliche Belastung empfunden werden.

«Die Reaktion war interessiert, aber die meisten waren nicht wirklich überzeugt. Die Leute sagten: «Klingt gut» – aber dennoch gab es zunächst viel Widerstand. Auf der einen Seite erinnere ich mich an Menschen, die den

Begriff [Care-Ökonomie] als zu diffus ansahen, sodass es zu begrifflichen Debatten kam, und ich muss zugeben, dass auch unsere Antworten manchmal etwas vage waren. Aber es stimmt auch, dass keine genaue Abgrenzung möglich ist. Und dann war da noch die technische Frage: «Wer macht das eigentlich?» Es war aus technischer Sicht nicht geklärt, wer das übernehmen sollte, und die Leute wurden auch in viele andere Dinge involviert. Auf technischer Ebene war der Umfang der Aufgaben bzw. waren die Zuständigkeiten kaum definiert.» (E2)

Auf organisatorischer Ebene gab es zwei für die interne Governance zuständige Instanzen: Zunächst war da die Lenkungsgruppe, die während der Ausarbeitung des Strategieplans gebildet worden war und sich anfangs aus Mitarbeiter\*innen der Direktion für Leistungen im Dezernat für Feminismus und LGBTI (Dirección de Servicios de Feminismos y LGBTI), der Abteilung Gender-Mainstreaming (Departamento Transversalidad de Género), der Leitstelle für soziale Rechte (Gerencia de Derechos Sociales) und der Direktion für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen (Dirección de Economía Cooperativa, Social y Solidaria y Consumo) zusammensetzte. Später kamen noch Vertreter\*innen der Direktion für Gesundheitsdienste (Dirección de Servicios de Salud) und der Direktion für Bürgerrechte und Diversität (Dirección de Servicios de Derechos de Ciudadanía y Diversidad) hinzu (Ajuntament de Barcelona 2019d; Rubio 2019). Zusätzlich gab es noch die abteilungsübergreifende Kommission (Comisión



Interdepartamental), die den Stand der Umsetzung der MGDC insgesamt überwachen sollte. Diese Kommission traf sich einmal im Jahr. Sie setzte sich aus Mitarbeiter\*innen derjenigen Dezernate, Abteilungen und städtischen Einrichtungen zusammen, die auch an der Ausarbeitung der MGDC beteiligt gewesen waren (siehe Kapitel 4.3). Hinzu kamen nun noch Vertreter\*innen der zehn Stadtbezirke von Barcelona.

## 4.2 MONITORING

Die MGDC sah vor, dass der Stand der Umsetzung der geplanten Maßnahmen jährlich evaluiert werden sollte. Jede Maßnahme war unabhängig von der Anzahl der beteiligten Akteur\*innen einer spezifischen Abteilung und einer verantwortlichen Person zugeordnet (siehe Abbildung 1) – was wichtig war, um die Wirksamkeit überprüfen zu können und die Rechenschaftspflicht der Verwaltung zu stärken. Zudem musste jede Abteilung für die ihr zugewiesenen Maßnahmen regelmäßig einen kurzen Bericht zum Stand der Umsetzung abgeben und erläutern, was erreicht wurde und welche Schwierigkeiten es gab. Anhand dieser und weiterer Informationen erarbeitete die Abteilung Gender-Mainstreaming dann einen umfassenden jährlichen Fortschrittsbericht. Insgesamt fanden in diesem Zusammenhang drei Versammlungen statt (2018, 2019 und 2020), wobei für die letzte kein Fortschrittsbericht vorliegt. Den vorherigen Berichten zufolge waren im März 2019, also zum Ablauf der Hälfte der vorgesehenen Zeit, 91 Prozent aller Maßnahmen eingeleitet und 38 Prozent bereits umgesetzt worden (Ajuntament de Barcelona 2019d).

## 4.3 VERÄNDERUNGEN DER POLITISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN UND DEREN AUSWIRKUNGEN AUF DIE UMSETZUNG DER MGDC

2019 fand in Barcelona ein Regierungswechsel statt, der die ganze Planung und Aufgabenteilung kippte. In diesem Jahr musste die Bürgerplattform Barcelona en Comú, die die meiste Zeit zwischen 2015–2019 allein regiert hatte, eine Koalition mit der Sozialistischen Partei Kataloniens (Partido de los Socialistas de Cataluña/PSC) eingehen.<sup>9</sup> Die PSC ist die Partei, die seit Ende des Franco-Regimes am längsten die Stadt regiert hat (1979–2011). Die PSC verfügte also über

langjährige Verwaltungserfahrungen und kannte sich mit den kommunalen Strukturen bestens aus. Beim Bereich Care vertritt sie eine eher traditionelle Sichtweise, die sich an einer klassischen Wohlfahrts- und Gleichstellungspolitik orientiert. So hat sie zum Beispiel ein Programm zur Zeiterfassung von Pflegenden angestoßen, was ein interessantes Modell ist, wenngleich der Schwerpunkt eher auf Arbeitszeitmanagement und einer Politik zur Förderung der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie lag.

Zu Beginn jeder Legislaturperiode einigen sich die an der Regierung Beteiligten über eine Neuorganisation der Stadtverwaltung, das heißt, es wird der Zuschnitt der Dezernate und Abteilungen geklärt genauso wie ihre politische Führung. Unter der 2019 entstandenen Koalitionsregierung wurden die verschiedenen Dezernate zwischen den beiden politischen Parteien bzw. Wahlbündnissen aufgeteilt, wobei das neue Dezernat für Wirtschaft, Arbeit, Wettbewerb und Finanzen (Àrea de Economia, Trabajo, Competitividad y Hacienda) der PSC zufiel (Ajuntament de Barcelona 2019b). Um die Politik einer progressiven Care-Ökonomie fortsetzen zu können und die Kohärenz und Kontinuität der 2015 begonnenen Arbeit zu gewährleisten, wurde die Zuständigkeit dafür (und damit für die MGDC) von der Kommission für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen auf das neu geschaffene Amt für Gesundheit, Altern und Sorgearbeit (Concejalía de Salud, Envejecimiento y Cuidados) übertragen. Dies war im ebenfalls neu gebildeten Dezernat für soziale Rechte und Feminismus (Àrea de Derechos Sociales y Feminismos) angesiedelt und unterstand weiterhin der politischen Führung von Barcelona en Comú.

Was die Umsetzung und Weiterentwicklung der MGDC betraf, so hatte der Regierungswechsel sowohl positive als auch negative Effekte. Mit der 2015 eingegangenen Verpflichtung zu einer Care-Politik unter Einbeziehung der Perspektive der Feministischen Ökonomie war verbunden, dass Sorgearbeit von nun an als Teil der kommunalen Wirtschaftspolitik galt. Diese Ausrichtung fand von der Abteilung Gender-Mainstreaming Unterstützung. Unter dem Gesichtspunkt dieses eingeleiteten Paradigmenwechsels bedeutete ihre Rücküberführung in den Bereich der sozialen Dienste ganz klar einen Rückschritt. Allerdings hatte sich die operative Umsetzung dieses Paradigmenwechsels bereits in der ersten Legislaturperiode alles andere als einfach erwiesen. Einerseits hatte die MGDC im Wirtschafts-Dezernat in gewisser Weise immer nur eine sekundäre Rolle gespielt, da es sich weiterhin auf die produktive Wirtschaft und

<sup>9</sup> Als Barcelona en Comú im Mai 2015 die Kommunalwahlen gewann, errang die Plattform elf Sitze in der Stadtverordnetenversammlung und konnte damit eine Minderheitsregierung stellen. Am 19. Mai 2016 ließ sich die Bürgerplattform auf einen Deal mit der PSC ein: Man nahm vier PSC-Stadträt\*innen in die Regierung auf, um damit die Ausgangsposition für die Durchsetzung einer linken Kommunalpolitik zu stärken. Der Deal dauerte jedoch nur bis November 2017, sodass Barcelona en Comú für den Rest der Legislaturperiode allein regierte. Bei den Kommunalwahlen 2019 erhielt Barcelona en Comú zehn Sitze und die PSC acht. Seither regieren sie gemeinsam, wobei sie etwa gleich viele Dezernate kontrollieren.

den regulären Arbeitsmarkt konzentrierte. Für ihre Berücksichtigung in diesem Dezernat war zudem ein relativ kleines Team zuständig, das auf diesem Gebiet kaum Erfahrung hatte und dem es häufig schwerfiel, mit starker Führung die verschiedenen Vorhaben voranzubringen. Andererseits steht die Care-Politik traditionell der Gesundheitspolitik nahe, sodass die Zuordnung zum neu geschaffenen Amt für Gesundheit, Altern und Sorgearbeit auch Vorteile versprach, etwa mehr Humanressourcen und Fachkenntnisse oder eine größere inhaltliche Nähe. Doch dass die Kommission für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen und die Abteilung Gender-Mainstreaming nun gar nicht mehr an der Umsetzung der MGDC beteiligt waren, barg auch ein Risiko: Wenn die Care-Politik nun der Gesundheitspolitik zugeschlagen wurde, konnte es passieren, dass die Sorgearbeit allein auf Gesundheitsförderung, Prävention oder Krankenpflege reduziert wurde. All das konnte die spezifische ökonomische, feministische und letztlich innovative und transformative Ausrichtung, die die MGDC ausgezeichnet hatte, verwässern. Unabhängig von den hier genannten Möglichkeiten und Beschränkungen, die bereits zu Beginn der Legislaturperiode 2019 abzusehen waren, führte die Neustrukturierung der Verwaltung und ihrer Zuständigkeiten am Ende nicht zu einer Konsolidierung der MGDC. Einerseits war der Umbau der Care-Ökonomie eine Aufgabe, die von den klassischen Politikanalysen und -verfahren und Prioritätensetzungen im Gesundheitswesen abwich. Hierzu gehörte beispielsweise der Anspruch, im Bereich Care mit neuen Konzepten von Männlichkeit zu arbeiten. So wurde die Care-Politik erneut in den Hintergrund gedrängt. Das ging so weit, dass das Amt für Gesundheit, Altern und Sorgearbeit zusätzlich zu der bereits bestehenden Direktion für Gesundheit die Schaffung einer Direktion für Altern und Sorgearbeit plante, diese aber erst Ende 2020 eingerichtet wurde. Mit dem Beginn der Corona-Pandemie verzögerte sich der Konsolidierungsprozess des neuen Teams weiter:

«[Ich glaube], dass es bei der Umstellung einige Monate ein Ungleichgewicht gab. Die Sache wurde in Angriff genommen, doch plötzlich kam Corona. Das heißt, es gab nur sehr wenige Zeitressourcen, um das weiterzuverfolgen. [...] Es kam der ganze Corona-Prozess dazwischen und erst danach wurde das wieder aufgenommen. Und das ging a priori von der Direktion aus.» (E7)

Hinzu kam: Die Überführung der Verantwortung für die MGDC von der Kommission für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen auf das neue Amt für Gesundheit, Altern und Sorgearbeit war

schlecht vorbereitet und verlief chaotisch. Das war vor allem darauf zurückzuführen, dass von Anfang an ein Team fehlte, das den eindeutigen Auftrag hatte, die Umsetzung der MGDC anzuleiten. Der Umstand, dass das Amt für Gesundheit, Altern und Sorgearbeit in organisatorischer und politischer Hinsicht vom Dezernat für soziale Rechte und Feminismus abhing, trug ebenfalls zur Verwirrung bei, da nicht klar war, wo die Zuständigkeit des Feminismus-Dezernats aufhörte und die des Amtes für Gesundheit, Altern und Sorgearbeit anfang. Gleiches galt für das Erbe der Kommission für Gemein-, Sozial- und Solidarwirtschaft und Verbraucherfragen. Es zeigte sich, wie schwierig es in der öffentlichen Verwaltung oft ist, Projekte nicht nur bereichsübergreifend, sondern auch gemeinsam durchzuführen.

Wie bereits erwähnt, war ein weiterer ausschlaggebender Faktor für die fehlende Priorisierung der MGDC in der Zeit nach 2019 der Ausbruch der Corona-Pandemie im März 2020. Auf kommunaler Ebene war das Amt für Gesundheit, Altern und Sorgearbeit für das Pandemiemanagement zuständig, was viele Monate lang oberste Priorität einnahm. Das Amt brachte einige der wichtigsten Maßnahmen auf den Weg, die sich aus der MGDC ableiteten, darunter den Vertrag über Hilfe bei der häuslichen Pflege (Servicio de Ayuda a Domicilio/SAD), und stellte darüber hinaus sicher, dass die im Rahmen des SAD unterstützten Zugang zu persönlicher Schutzausrüstung erhielten und 70.000 Menschen im Alter zwischen 70 und 84 Jahren, die keinen Zugang zu Care-Leistungen in der Stadt hatten, von der Verwaltung telefonisch kontaktiert wurden, um herauszufinden, wie es ihnen ging und was sie benötigten.

Was jedoch die Leitung der MGDC insgesamt und insbesondere das Monitoring der einzelnen Vorhaben und Maßnahmen anging, blieb vieles ungeklärt. Die für den bereichsübergreifenden Charakter zuständigen Gremien, die Lenkungsgruppe und die abteilungsübergreifende Kommission stellten ihre Treffen ein. So führten die verschiedenen Verwaltungsabteilungen ihre jeweiligen Programme und Initiativen zwar fort, das gemeinsame und koordinierte Vorgehen ging jedoch verloren. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts (April 2021) war die Laufzeit der MGDC offiziell noch nicht beendet und auch ihre abschließende Bewertung steht noch aus.<sup>10</sup>

#### 4.4 HERAUSRAGENDE MASSNAHMEN

Wie oben beschrieben, gingen aus der MGDC 68 Maßnahmen und Vorhaben mit sehr unterschiedlicher Reichweite und Ausrichtung hervor. Dazu zähl-

<sup>10</sup> Ein erster Berichtsentwurf einer von der Stadtverwaltung von Barcelona beauftragten externen Evaluierung der MGDC lag im Herbst 2021 vor.

ten sowohl einmalige Aktionen als auch dauerhafte Programme und Projekte, deren Adressaten die lokale Bevölkerung, die kommunalen Verwaltungsstrukturen oder bestimmte Wirtschaftssektoren waren bzw. sind und die diverse sektorspezifische sowie bereichsübergreifende Schritte umfassten. Im Folgenden werden drei Vorhaben und Projekte hervorgehoben, zum einen wegen ihrer Originalität (die sich aus der besonderen Perspektive der MGDC ergibt), zum anderen, weil sie sich für die gesellschaftliche (Neu-)Organisation der Sorgearbeit in der Stadt Barcelona als besonders relevant erwiesen haben. Dabei handelt es sich um die Anlaufstelle Espacio Barcelona Cuida, das kommunale Kinderbetreuungsprogramm Concilia und die Superilles socials bzw. Superilles de les cures (Sozial- bzw. Care-Superinseln oder Superblöcke). Zudem wird das Konzept einer Care-Karte vorgestellt, das sich zwar noch nicht in der Umsetzungsphase befindet, aber dennoch ein Beispiel dafür ist, wie sich Ansätze der MGDC materialisieren lassen.

Das Espacio Barcelona Cuida ist ein kommunales Informations- und Beratungszentrum für pflegende Angehörige, in der häuslichen Pflege Arbeitende sowie Pflegebedürftige und ihre Familien. Dieses Zentrum soll für Bürger\*innen und Beschäftigte eine Anlaufstelle sein, an der sie gebündelt Informationen und Beratungsangebote zu Leistungen, Diensten und Mitteln rund um die Sorgearbeit in der Stadt Barcelona vorfinden (Ajuntament de Barcelona 2019a). Dem Aufbau dieses Zentrums ging eine Reihe von Versammlungen und Abstimmungen mit Organisationen, Fachkräften und Bürger\*innen voraus, wobei ein besonderes Augenmerk auf den Bedürfnissen der Individuen und Gruppen lag, die entweder einen hohen Care-Bedarf haben oder als Pflegekräfte unter irregulären oder prekären Beschäftigungsverhältnissen im Care-Sektor leiden. Das Zentrum will ein Raum für Begegnungen sein und damit zu einem Austausch und einer Vernetzung verschiedener Menschen und Gruppen beitragen. Sowohl für in der häuslichen Pflege Arbeitende als auch für Familien, die Pflege- und Betreuungskräfte beschäftigen, wird eine Rechtsberatung angeboten, um faire Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Im Jahr 2020 erreichten die Angebote des Espacio Barcelona Cuida rund 2.000 Menschen, wobei seit Beginn der Corona-Pandemie ein exponentieller Anstieg der Nachfrage zu verzeichnen ist.

«Ich glaube, jetzt stehen wir vor der neuen Herausforderung, dass wir ein Zentrum eröffnet haben und nun seine Größe anpassen müssen. Sämtliche Einrichtungen, die mit Sorgearbeit zu tun haben, sollten sich angesprochen fühlen, all jene, die Sorgearbeit leisten oder erhalten, sollten es als Bereicherung für ihr Leben auffassen. Außerdem muss es auch ein Raum sein, der diejenigen, die sich

organisieren möchten, dazu einlädt, ihn zu nutzen. Wir versuchen, in diesem Raum ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Interessen herzustellen, damit wir einen qualitativen Sprung machen können.» (E6)

Ein besonders interessanter Aspekt dieses Projekts ist, dass es ihm über die Bereitstellung eines physischen und gut erreichbaren Raums gelingt, die Sorgearbeit und die Menschen, die sie leisten, für alle sichtbar zu machen. Zudem stellt die Anlaufstelle eine echte Unterstützung sowohl für Pflegekräfte und die Angehörigen von betreuten Personen dar, weil sie ihnen den Zugang zu bestehenden Programmen und Fördermitteln erleichtert, ihnen bei der Durchsetzung ihrer Rechte hilft und damit zur realen Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen beiträgt.

Das kommunale Kinderbetreuungsprogramm Concilia richtet sich an Menschen mit Kindern zwischen vier und zwölf Jahren, die Schwierigkeiten haben, die unterschiedlichen zeitlichen Anforderungen von Berufsleben, Familie und Privatleben unter einen Hut zu bekommen. Der Dienst, der in den sogenannten benachteiligten Stadtteilen angeboten wird, ist insbesondere für Alleinerziehende gedacht, die weder über eigene Mittel noch über ein ausreichendes soziales Unterstützungsnetzwerk für die Kinderbetreuung verfügen. Auf diese Weise sollen in erster Linie die Ausbildungsbereitschaft und Beschäftigungsfähigkeit von Frauen mit kleinen Kindern gefördert werden. Deshalb deckt das Angebot auch Zeitfenster außerhalb der Schulzeit ab und steht an den Wochentagen nachmittags und am Wochenende ganztägig zur Verfügung (Ajuntament de Barcelona 2020). Diese Maßnahme war wegen der damit verbundenen enormen Kosten zunächst verworfen worden, wurde aber dann als Teil eines Programms zur Eindämmung der sozioökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie doch noch umgesetzt. Im Zeitraum Oktober 2020 bis Februar 2021 wurden die angebotenen Dienste 3.000-mal in Anspruch genommen, mehr als 400 Kinder konnten von dem Betreuungsprogramm profitieren. Bei 48 Prozent der Antragsteller\*innen handelte es sich um alleinerziehende Frauen, nur ein einziger Mann nahm den Dienst in Anspruch (Blanchar 2021).

«Die Kinderbetreuung hatte ich beispielsweise schon abgeschrieben, weil sie sehr teuer war. Letztlich konnte sie dann mit außerordentlichen Mitteln doch noch umgesetzt werden, aber wir hatten sie immer vor Augen. [...] Wir ließen die Maßnahmen nicht fallen.» (E4)

Besonders innovativ an dieser Maßnahme ist, dass damit die Work-Life-Balance gefördert wird, sie also nicht allein auf die Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit zielt. Sie ist von der vielfältigen Zeitaufteilung des Lebens aus gedacht und berücksich-

tigt bezahlte und unbezahlte Tätigkeiten. Damit verschafft sie Menschen, mehrheitlich Frauen, mehr Zeit für Aktivitäten, die nicht unbedingt mit Erwerbsarbeit in Verbindung stehen. Diese direkte Unterstützung bei der Kinderbetreuung hat unmittelbare Auswirkungen insbesondere auf die Lebensqualität von Müttern, die sich aufgrund verschiedener Bedingungen mit der Alltagsorganisation überfordert sehen.

Die Superilles socials bzw. Superilles de les cures wiederum sind ein innovativer Ansatz für die Neuorganisation der häuslichen Pflege (Servicio de Atención Domiciliaria) und verfolgen zwei Ziele: die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von im Care-Bereich Tätigen und die Verbesserung der Qualität der erbrachten Dienstleistungen (Ajuntament de Barcelona 2017). Das Modell sieht vor, dass Teams von zirka zwölf Fachkräften gebildet werden, die eine Gruppe von rund 50 Nutzer\*innen betreuen, die in einem «Superblock» leben – damit ist ein Gebiet gemeint, das innerhalb von etwa fünf Minuten zu Fuß erreichbar ist. So sollen die Care-Leistenden mehr Autonomie bei der Organisation ihrer Arbeit erhalten, kürzere Wege sowie – falls gewünscht – längere und kompaktere Arbeitstage haben, während diejenigen, die die Leistungen der Teams in Anspruch nehmen, von einer festen und stabilen Bezugsgruppe, der direkteren Kommunikation und einer flexibleren Betreuung profitieren, die stets an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden kann. Das Programm startete 2017 mit vier Pilotprojekten und wird seit 2019, nachdem man sich erfolgreich auf eine Ausschreibung der Kommune beworben hatte, dauerhaft gefördert. Der neue Vertrag sah die Ausweitung auf 60 «Superblöcke», eine Gehaltserhöhung für die Care-Tätigen um 14 Prozent sowie eine Absicherung der Arbeitsplätze vor (Ajuntament de Barcelona 2019c). Das mittelfristige Ziel besteht darin, eine integrierte und wohnortnahe Sozial- und Gesundheitsversorgung aufzubauen, deren Dienste dieselben Bevölkerungsgruppen zur Zielgruppe haben.

«Und das andere große und komplexe Projekt ist das, was früher als Superilles de les cures o socials bezeichnet wurde und jetzt Vilaveïna heißen wird. Es besteht darin, kleine Gebietseinheiten festzulegen, die zu Care-Vierteln werden. [...] Die Idee ist, in verschiedenen Teilen der Stadt soziale Nahräume für Themen zu schaffen, die mit Sorgearbeit zu tun haben: wo es Einrichtungen gibt, die Männer auf Care-Tätigkeiten vorbereiten, außerdem Selbsthilfegruppen für informell im Care-Sektor Beschäftigte, dezentrale Beratungsstellen für Hausangestellte, Räume für die Kinderbetreuung oder Anlaufstellen für Familien und Menschen, die Beratung zum Thema Care

benötigen, und das alles um die Ecke. Und das soll mit der Einführung einer Care-Karte verknüpft werden.» (E6)

Dieses Projekt weist verschiedene innovative Elemente auf und ist deshalb für das Vorhaben der Demokratisierung der Sorgearbeit besonders interessant. Erstens legt es Wert auf gute Arbeitsbedingungen und versucht, die mit professioneller Care-Arbeit häufig verbundene Prekarität und Zersplitterung des Arbeitstages aufzuheben und den Pflegenden mehr Selbstbestimmung bei der Ausführung ihrer Arbeit zu ermöglichen. Zweitens soll die Qualität der Care-Leistungen verbessert werden, indem es weniger Wechsel zwischen den Pflegekräften gibt und sie zu zuverlässigen Bezugspersonen für die auf Care Angewiesenen und ihre Familien werden. Zudem erlaubt die spezifische Organisationsweise der Pflgeteams, auf die verschiedenen Bedürfnisse der zu Pflegenden und ihrer Familien besser einzugehen. Und drittens sieht das Projekt vor, in Zukunft verschiedene soziale Dienstleistungen unter einem Dach anzubieten, um der Multidimensionalität der Sorgearbeit Rechnung zu tragen und den individualistischen und ausschließlich pflegeorientierten Ansatz zu überwinden, beispielsweise durch die Einbeziehung kollektiver Ressourcen.

Schließlich sei noch auf die Care-Karte (Tarjeta Cuidadora) verwiesen, deren Einführung zurzeit in Planung ist. Diese Karte sollen all die Menschen erhalten, die in ihrem familiären Umfeld ein hohes Maß an Sorgearbeit leisten. Um die informelle Sorgearbeit aufzuwerten und die Menschen, die sie erbringen, noch stärker zu würdigen, ist eine Care-Karte Plus (Tarjeta Cuidadora Plus) für diejenigen angedacht, die besonders intensiv oder unter sehr schwierigen Bedingungen Angehörige pflegen und betreuen. Die Karte wird Zugang zu psychologischer und rechtlicher Unterstützung bieten sowie zu anderen Ressourcen und Leistungen wie dem kommunalen Kinderbetreuungsprogramm Concilia oder dem Programm Respir (E6 und E7), das sich an Menschen richtet, die ältere Angehörige pflegen. Mithilfe der Superilles Socials soll in jedem Viertel der Zugang zu diesen Leistungen dezentral ermöglicht werden. Derzeit werden sowohl die Kriterien für den Erhalt der Karte geprüft als auch die Leistungen und Ressourcen, zu denen sie Zugang gewähren soll.

«[Die Tarjeta Cuidadora verfolgt] ein zweifaches Ziel: eine Gruppe anzuerkennen, die weder anerkannt wird noch sich selbst anerkennt. Mit der Karte geht ein Aspekt von Anerkennung einher, die auch an anderen Orten der Welt geleistet wird. Die Karte geht aber insofern darüber hinaus, als sie eine Reihe konkreter Vorteile oder Zugang zu Dienstleistungen bietet.» (E6)

## 5 ERFOLGE UND LIMITIERUNGEN

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Erfolge und Limitierungen aufgezeigt, die sich im Laufe des Umsetzungsprozesses der MGDC ergeben haben. Unter den Erfolgen werden insbesondere diejenigen Elemente hervorgehoben, die einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung einer alternativen Care-Politik in der Stadt Barcelona geleistet haben. Wir unterscheiden dabei zwischen den «externen Erfolgen», also Verbesserungen für die lokale Bevölkerung, darunter neu gewonnene Rechte, bessere Hilfe- und Beratungsleistungen sowie die Anerkennung und Unterstützung, die gemeinnützige Initiativen erfahren, und den «internen Erfolgen», die sich auf die Ebene der kommunalen Verwaltung beziehen. Hier ist vor allem zu würdigen, dass es gelungen ist, eine innovative und feministische Care-Politik zu entwickeln und voranzutreiben, die einen Vorbildcharakter für andere Städte haben kann. Kaum zu unterschätzen ist zudem der Erkenntniswandel, den die Umsetzung der MGDC vielen der in der Stadtverwaltung Beschäftigten in Bezug auf die Sorgearbeit beschert hat und der langfristig Einfluss auf die Ausgestaltung der kommunalen Sozial- und Wirtschaftspolitik haben wird.

Kommen wir zu den Limitierungen und größten Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Hier ist zu differenzieren zwischen 1. den administrativen Widerständen gegen ein Vorgehen, das als Bruch empfunden wurde, sowie der Weigerung, einen neuen konzeptionellen Rahmen für die eigene Arbeit zu akzeptieren und sich auf eine neue behördliche Zuständigkeitsverteilung einzulassen; 2. den von den übergeordneten politischen Ebenen auferlegten Beschränkungen (begrenzte kommunale Zuständigkeiten in Bezug auf die Wirtschaftspolitik, das Ausbleiben eines Paradigmenwechsels auf der regionalen und nationalen Politikebene) und 3. den technischen Schwierigkeiten (Probleme bei der Übertragung der Vorhaben auf die bezirkliche Ebene, Mangel an ausgebildeten Fachkräften, unzureichende finanzielle Ausstattung etc.).

### 5.1 ERFOLGE

Wie bereits erwähnt, wird hier unterschieden zwischen den externen bzw. gesellschaftlichen Erfolgen und den internen Erfolgen, etwa bei der Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung. Um die gesellschaftlichen Errungenschaften der MGDC bewerten zu können, müssen zunächst zwei miteinander verknüpfte Aspekte erwähnt werden. Zum einen fehlte bei der MGDC von Anfang an ein System, mit dem sich ihre Wirkungen messen lassen. Zwar gab es, wie oben ausgeführt, ein regelmäßiges Monitoring ihrer

Maßnahmen und Programme, dieses bezog sich aber nur auf den Stand der Umsetzung und nicht auf die Ergebnisse. Die strategischen Schwerpunkte waren zwar weit genug gefasst, um dort die Vielfalt der geplanten Vorhaben und Projekte unterzubringen, es mangelte jedoch an Kriterien und Instrumenten, um am Ende zu beurteilen, ob bzw. inwieweit die übergeordneten Zielsetzungen damit tatsächlich erreicht werden konnten. Ein weiteres Problem bestand darin, dass sich eine Reihe von Zielsetzungen mit Mitteln der Kommunalpolitik nicht wirklich verfolgen lassen. Wenn beispielsweise die Wahrnehmung der Bürger\*innen hinsichtlich der Sorgearbeit grundlegend verändert werden soll, kann dieser Wandel kaum von einzelnen Stadtverwaltungen ausgelöst werden. Zudem ist nicht davon auszugehen, dass solche Veränderungen kurzfristig herbeizuführen sind.

Eine umfassende und endgültige Bewertung der MGDC, darauf ist bereits weiter oben hingewiesen worden, stand zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts noch aus. In jedem Fall lässt sich in Anbetracht der vielen umgesetzten Vorhaben und Projekte festhalten, dass die MGDC Auswirkungen auf der gesellschaftlichen Ebene hatte. Ganz eindeutig trifft das auf die Leistungen und Dienste zu, die neu entwickelt wurden, um Personen, die Sorgearbeit leisten, und Personen, die auf Sorgearbeit angewiesen sind, sowie ihre Angehörigen zu begleiten und besser zu unterstützen. Dienstleistungen für Hilfebedürftige oder Unterstützung für Familien sind sicherlich der Bereich der kommunalen Politik, der von den Bürger\*innen am meisten wahrgenommen wird und sich am stärksten auf ihr Leben auswirkt. So konnte beispielsweise das Centro Barcelona Cuida seit seiner Eröffnung rund 2.000 Besucher\*innen verzeichnen, darunter viele Pflegende sowie Familien von Menschen mit intensivem Betreuungsbedarf. Zugleich können staatliche Dienste zu Symbolen einer bestimmten Politik werden. Wenn sich die Menschen erst einmal daran gewöhnt haben, kann es bei einem Regierungswechsel schwierig sein, sie einfach wieder abzuschaffen.

Abgesehen von den positiven Auswirkungen der neuen kommunalen Angebote und Dienste sind die zahlreichen Synergieeffekte zu nennen, die das Ergebnis einer verstärkten Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit im Care-Sektor engagierten Vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen sind. Die MGDC war von Anfang an eine politische Strategie, die die besondere Rolle und das Potenzial der Sozial- und Solidarökonomie, kollektiver Gemeinschaften, Nachbarschaften und sozialer Nahräume für die Care-Politik erkannt hat. So konnten etliche gemeinnützige Projekte, die bereits Care-Tätige und

Care-Empfänger\*innen unterstützen, mit speziellen Fördermitteln ihre Arbeit als Teil der Sozial- und Solidarökonomie ausbauen und mit einer langfristigen Perspektive versehen. Auf diese Weise entstanden ganz neue von Bürger\*innen initiierte Zusammenschlüsse und selbst Genossenschaften.

«Und das andere ist, dass es möglich war, den Plan zusammen mit vielen Akteuren der Stadt umzusetzen, und das in einem Moment des Aufbruchs, als es in allen Stadtteilen viele transformatorische Erfahrungen gab. Das war vor zehn Jahren undenkbar, als immer die gleichen Ideen präsentiert wurden. Das hat dazu geführt, dass einiges von dem, was die Stadt angeregt hatte, nun Früchte trug. Es gibt Nachbar\*innen, die vor ein paar Jahren noch nicht einmal wussten, was Sorgearbeit genau ist, und jetzt im Norden von Barcelona eine Care-Kooperative ins Leben gerufen haben.» (E6)

Außerdem ging die Stadtverwaltung aktiv auf Organisationen und Projekte zu, die mit den strategischen Schwerpunkten der MGDC im Einklang waren, und ermunterte sie dazu, inhaltliche Vorschläge einzureichen und sich um Zuschüsse zu bewerben (Ajuntament de Barcelona 2021). Sie unterstützte zudem alle Initiativen, in denen sich das allgemein in der Gesellschaft gewachsene Interesse an der Feministischen Ökonomie und der Care-Ökonomie widerspiegelte, und stärkte damit Kräfte und Überlegungen, die als ursprüngliche Impulsgeber der MGDC gedient hatten. All dies hat eine Dynamik in Gang gesetzt, die, so ist zu hoffen, unabhängig von der politischen Ausrichtung der künftigen Kommunalregierungen langfristig positive Auswirkungen haben wird und dafür sorgen kann, dass sich in Barcelona und anderswo zukünftig eine andere Care-Politik etabliert.

Was die internen Auswirkungen der MGDC betrifft und den Wandel, den sie in der öffentlichen Verwaltung hervorgerufen hat, so besteht Einigkeit, dass sie nicht nur die Sorgearbeit aus ihrem politischen Nischendasein herausgeholt, sondern vor allem ein völlig neues Verständnis von kommunaler Care-Politik begründet hat. Die Stadtverwaltung von Barcelona war die erste öffentliche Verwaltung, die sich dazu verpflichtete, die in der feministischen Bewegung und der akademischen Welt entwickelte Vision von einer anderen Care-Ökonomie in die Praxis und in konkrete politische Schritte zu übersetzen. Die MGDC hat gezeigt, dass die abstrakte Forderung der feministischen Bewegung danach, «das Leben in den Mittelpunkt zu stellen», politisch umsetzbar ist. Sie kann als Vorbild für eine feministische und transformative Care-Politik an anderen Orten dienen, weil sie es geschafft hat, theoretische Überlegungen erfolgreich in einen programmatischen und operativen Rahmen zu überführen. Das Ergebnis war ein Bündel konkreter politischer Maßnahmen und Projekte, zusammengehal-

ten von einer neuen strategischen Ausrichtung und übergeordneten Zielsetzungen. Der zukunftsweisende und innovative Charakter des Gesamtplans strahlte auf die einzelnen Programme und Vorhaben ab.

Der Prozess der Ausarbeitung und Umsetzung der MGDC hat in der Verwaltung zu einem deutlichen Perspektivenwechsel in Bezug auf die Sorgearbeit geführt: weg von einer klassischen wohlfahrtsstaatlichen Sichtweise, die nur einige wenige Akteur\*innen der Verwaltung einbezog, hin zur Feministischen Ökonomie und zur Demokratisierung der Sorgearbeit als einem innovativen Rahmen und radikalen Konzept für die Umgestaltung des sozialen und ökonomischen Entwicklungsmodells der Stadt. Die MGDC hat, was die Durchsetzung einer feministischen Sichtweise auf die Sorgearbeit betrifft, einen unumkehrbaren Prozess eingeleitet, der ganz verschiedene Politikbereiche erfasste. Anfangs gab es kaum jemanden in der öffentlichen Verwaltung in Barcelona, der mit dem theoretischen und politischen Konzept, das der MGDC zugrunde liegt, etwas anfangen konnte. Die meisten Mitarbeiter\*innen nahmen es zunächst mit einer gewissen Irritation auf. Über die Einbeziehung aller Politikbereiche, die vielfältige Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen, aber auch die vielen Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für die Fachreferent\*innen konnte in den letzten Jahren viel erreicht und ein Umdenken eingeleitet werden. Man könnte sagen, dass im Zuge der Umsetzung der in der MGDC vorgesehenen Maßnahmen und Projekte und der damit gemachten Erfahrungen die Politik und Verwaltung den Ansatz, dass es notwendig ist, die Sorgearbeit zu demokratisieren, quasi verinnerlicht hat.

«Die Tatsache, dass es die Möglichkeit gab, darüber zu diskutieren, Sichtbarkeit zu schaffen und neue Wege einzuschlagen [...] ich glaube, es ist ein Vorgehen, das nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Und in diesem Sinne ist es für mich gar nicht so wichtig, ob alles, was geplant war, tatsächlich umgesetzt wurde oder nicht.» (E7)

Dennoch muss auch eingeräumt werden, dass der Perspektivenwechsel in jenen Bereichen, in denen die Einbindung der Sorgearbeit mit klassischen Zuständigkeiten kollidierte, nicht ganz so weitreichend war. Doch auch wenn noch nicht alle Politikbereiche komplett von der Philosophie der MGDC durchdrungen sind, ist das Thema Care präsent und seine Legitimität und Relevanz werden nicht mehr infrage gestellt. Das ist zum Beispiel in der kommunalen Wirtschaftspolitik der Fall, in der sich oberflächlich betrachtet kaum etwas an den Strukturen und Inhalten verändert hat. Dennoch hat auch hier ein Blickwechsel insofern stattgefunden, dass nun die Lebensrealitäten und Probleme von Sorgearbeit Leistenden, darunter die

Informalität, unregelmäßige Beschäftigungsverhältnisse und fehlende soziale Absicherung, etwa bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, mitberücksichtigt werden. Diese Veränderung, dass nun Bevölkerungsgruppen, die zuvor vernachlässigt oder ganz ignoriert wurden, in der kommunalen Beschäftigungspolitik mitbedacht werden, verdankt sich der MGDC und weiteren feministisch inspirierten Strategien und Programmen der Stadtverwaltung unter der Führung von Barcelona en Comú (Regidoria de Feminismes i LGTBI 2016b, 2016a).

Es zeigte sich zuletzt bei der Bewältigung der Corona-Pandemie in Barcelona, wie weit Grundannahmen und Forderungen der Feministischen Ökonomie und der Care-Ökonomie in die Kommunalpolitik eingeflossen sind. Auch wenn es während der ersten Welle (März bis Juni 2020) nicht möglich war, die Zielsetzungen und Strategien der MGDC weiterzuentwickeln und es zu Verschleppungen bei der Umsetzung kam, war die ihr zugrunde liegende Philosophie im Pandemiemanagement präsent. So wurde die Pandemie von Anfang an nicht ausschließlich als Krise der Gesundheit und des Gesundheitswesens betrachtet, sondern die Stadtverwaltung nahm eine multidimensionale Perspektive ein und kümmerte sich auch um den Bereich der Sorgearbeit. So stärkte sie die häuslichen Betreuungs- und Pflegedienste, baute die medizinische Fernversorgung aus und hatte dabei immer auch die Situation und gesundheitliche sowie soziale Sicherheit der Pflegekräfte und pflegenden Angehörigen im Blick. So gab es etwa den Vorschlag, Care-Leistende bei den Impfungen gegen Corona bevorzugt zu behandeln. Zugleich bauten kommunale Einrichtungen wie das Centro Barcelona Cuida ihre Betreuungs- und Beratungsangebote für Familien sowie professionelle Pflegekräfte und Hausangestellte aus, die in der Corona-Pandemie unter vielfältigen Rechtsunsicherheiten und Zumutungen zu leiden hatten (unter anderem unangekündigte und ungerechtfertigte Kündigungen, Aufforderung vonseiten der Arbeitgeber, auf Ruhezeiten zu verzichten oder in die Wohnungen/Häuser der zu Pflegenden einzuziehen, fehlende Schutzausrüstung, um sich gegen Ansteckung zu schützen, usw.).<sup>11</sup>

## 5.2 LIMITIERUNGEN

Wie bereits erwähnt, gab es drei Arten von Beschränkungen: interne Widerstände gegen den Perspektivenwechsel, Beschränkungen, die mit dem föderalen politischen System zusammenhängen, sowie technische Probleme. Die Widerstände in der Verwaltung

hatten mit der konzeptionellen Dimension zu tun. Der Anspruch, den Blick auf die Sorgearbeit grundsätzlich zu verändern, war eine große Herausforderung. Nur sehr wenige Menschen innerhalb der Stadtverwaltung waren zuvor mit dem Konzept der Feministischen Ökonomie vertraut, sodass viele Ideen und Vorhaben der MGDC auf sie zunächst befremdlich wirken konnten. Hinzu kam: Auch wenn es umfangreiche Studien und theoretische Überlegungen zur Notwendigkeit einer grundlegenden Umgestaltung des Care-Sektors gab, hatte noch keine öffentliche Verwaltung jemals versucht, diese auf kommunaler Ebene in konkrete Politik umzusetzen. Zum einen lud diese Lücke gerade dazu ein, sich kreative und innovative Lösungen einfallen zu lassen, zum anderen entstanden auf diese Weise auch viele Leerstellen und Unklarheiten.

Am deutlichsten zeigte sich die Schwierigkeit des Wechsels der Perspektive auf die Sorgearbeit in den Verwaltungseinheiten, die traditionell für diesen Bereich zuständig sind. Öffentliche Verwaltungen sind grundsätzlich strukturkonservativ und tun sich mit tiefgreifenden Veränderungen ihrer Arbeitsweise und Aufgabenbereiche schwer. Vor dem Hintergrund, dass zuvor die sozialen Dienste die Hauptverantwortlichen waren und die kommunale Wirtschaftspolitik sich jahrzehntelang auf den produktiven Bereich konzentriert hatte und von feministischen Visionen nichts hatte wissen wollen, war die Übertragung der Zuständigkeit für die Care-Politik auf das Wirtschafts-Dezernat etwas, das viele nicht nachvollziehen konnten und das enorm viel Diskussionsstoff bot. Zwar hatte es auch in der Vergangenheit arbeitsmarktpolitische Programme gegeben, die Genderaspekte beinhalteten, die etwa das weibliche Unternehmertum fördern oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern wollten. Die Feministische Ökonomie geht jedoch viel weiter und verlangt, die Konzentration auf die merkantile und monetäre Sphäre aufzugeben. Die Verankerung der MGDC im Wirtschafts-Dezernat galt als strategischer Zug, mit dem auch nach außen hin deutlich gemacht werden sollte, dass es sich bei der Sorgearbeit um «richtige Arbeit» und bei den Privathaushalten und Familien um grundlegende Akteure des wirtschaftlichen Lebens handelt. Doch das war etwas, wie bereits weiter oben angesprochen, das sich nicht einfach in allen Köpfen und administrativen Einheiten verankern ließ. Die Vorstellung von Sorgearbeit als einem Bereich, der außerhalb der Wirtschaft liegt, blieb sowohl in der Politik als auch insbesondere in den Teilen der Verwaltung, die eher mit technischen Aufgaben befasst sind, lebendig. Somit stellt sich weiterhin die Herausforderung, die androzentri-

<sup>11</sup> Nach Angaben des Ministeriums für Inklusion, soziale Sicherheit und Migration (Ministerio de Inclusión, Seguridad Social y Migraciones 2021) verloren zwischen Februar und August 2020 in der Stadt Barcelona fast 1.500 Hausangestellte ihren Sozialversicherungsschutz. Beschäftigte, die informell und ohne Arbeitsvertrag arbeiten, werden gar nicht erst erfasst.

sche Sichtweise auf die Ökonomie zu kritisieren und zurückzudrängen.

«Es stimmt, dass es für die Abteilung für Zeitpolitik und Förderung der Care-Ökonomie schwierig war, weil wir verstanden, dass sie eine wichtige Rolle in der MGDC spielten, das waren zwei Seiten derselben Medaille. Aber die Programme zur Zeitnutzung waren schon Jahre zuvor geplant worden. In der sozialistischen Ära hatte es dafür sogar ein eigenes Dezernat gegeben. Aber damals war der politische Rahmen dafür ein ganz anderer. Es war weder von einer Care-Ökonomie noch von der Feministischen Ökonomie die Rede [...] Und was wir vorschlugen, war sehr wohl eine gewaltige Veränderung, wenn man sich die ganze Entwicklung anschaut.» (E1)

Neben der Schwierigkeit, das Verständnis von Wirtschaftspolitik so auszuweiten, dass es auch die Sorgearbeit einschließt, lag eine weitere Beschränkung bei der Umsetzung der MGDC darin, dass im politischen System Spaniens die Kommunen kaum wirtschaftspolitische Kompetenzen haben. Sie verfügen anders als bei der Sozialpolitik über keine eigenen wirksamen Instrumente etwa zur Arbeitsmarktregulierung. Das Gros der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik fällt in den Zuständigkeitsbereich der Regierungen auf regionaler und nationaler Ebene. Kommunen können hier keine eigenen Gesetze erlassen. Deswegen war es möglicherweise wenig sinnvoll, die politische Aufsicht über die MGDC einem Dezernat zuzuteilen, das kaum in der Lage war, eine eigenständige Politik zu verfolgen und durchzusetzen. Hinzu kommt, dass in anderen Städten oder auf der regionalen und nationalen Ebene die potenziellen Ansprechpartner für eine andere Care-Politik weiterhin in den Sozialministerien oder bei den sozialen Diensten angesiedelt waren. So kam es, dass es kaum einen Austausch mit anderen Kommunen, der Wirtschaftsverwaltung der Autonomen Gemeinschaft Katalonien oder mit dem nationalen Wirtschaftsministerium gab, um die Care-Politik auf unterschiedlichen Ebenen abzustimmen. Dass diese geografische und administrative Unterstützung fehlte, erwies sich für einen grundlegenden strukturellen Wandel und die Konsolidierung des Konzepts einer feministischen Care-Politik auf kommunaler Ebene als hinderlich. Und das ist bis heute so.

Was die technischen Probleme bei der Umsetzung der MGDC betrifft, so sind vor allem zwei zu nennen. Das erste ist die Schwierigkeit, die Vorhaben auf den verschiedenen lokalen Ebenen (Bezirke, Nachbarschaften etc.) zu verankern. So hat man es in Barcelona versäumt, die Mitarbeiter\*innen der bezirklichen Verwaltungen, die viele der Maßnahmen umsetzen sollten, in die Planung und Vorbereitung ausreichend einzubeziehen. So fehlte bei vielen der Eindruck, Teil eines wichtigen gemeinsamen politischen Projekts und Prozesses zu sein. Das schlug sich vielerorts

negativ auf die Motivation nieder, zum Teil wurden Aspekte der MGDC auch nicht richtig verstanden oder Vorgaben nicht richtig weitergeleitet. Zudem litten viele der bezirklichen Fachreferent\*innen und -teams unter Arbeitsüberlastung, was die Umsetzung an vorderster Front noch erschwerte.

Ein weiteres Problem war der Mangel an Ressourcen, insbesondere an Personal, das sich auf dem Gebiet Care-Politik auskannte. Es gab zwei Fachkräfte (eine arbeitete in der Abteilung für Zeitpolitik und Förderung der Care-Ökonomie, die andere in der Abteilung Gender-Mainstreaming), die diesbezügliche Erfahrungen mitbrachten. Für die meisten anderen Angestellten bedeutete der Auftrag, der von der MGDC und den verschiedenen Vorhaben ausging, völliges Neuland und dass sie etwas umsetzen sollten, für das es noch keine Anleitung gab, für das sie sich nicht richtig ausgebildet fühlten, das keiner der ihnen vertrauten Routinen entsprach, sondern täglich neu angegangen werden musste – und das noch aus einer ihnen gänzlich neuen Perspektive heraus. In diesem Sinne fehlte es an geschultem Personal, das in der Lage war, derart ambitionierte und innovative Prozesse anzustoßen, zu begleiten und anzuleiten. Die für die Fachreferent\*innen angebotenen Schulungen reichten nicht aus, um die erforderliche fachliche Expertise zu vermitteln. Möglicherweise wäre es sinnvoller gewesen, nicht nur die Verwaltungsteams weiterzubilden und zu stärken, sondern über den gesamten Prozess hinweg zusätzlich eine externe fachliche Beratung und Begleitung hinzuzuziehen (wie bereits in der Anfangsphase der Planung und Erarbeitung der MGDC). Außerdem hätte eine externe Monitoring-Gruppe die Fortschritte des Strategieplans validieren können.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Projekte der MGDC zwar mit beträchtlichen finanziellen Mitteln ausgestattet waren, diese aber dennoch nicht ausreichten, um ein derart ambitioniertes politisches Projekt zu verfolgen und zu etablieren. Dieser Mangel an Ressourcen steht im Widerspruch zu dem Vorhaben, das Recht auf Sorgearbeit zu verallgemeinern und auf die Komplexität der Bedürfnisse und Verhältnisse zu reagieren. Es besteht ein gewisser Widerspruch darin, eine Strategie zu entwickeln und offensiv zu vertreten, die fordert, Sorgearbeit als universelle Notwendigkeit und zentrale gesellschaftliche Angelegenheit anzuerkennen, für die es eine kollektive Verantwortung gibt, und gleichzeitig die Mittel so zu bemessen, dass sie lediglich dafür ausreichen, kurzfristige Lösungen zu finden oder sich auf die schlimmsten sozialen Verwerfungen oder Fälle zu konzentrieren – wobei häufig die Logik einer traditionellen Fürsorgepolitik reproduziert wird. Dieses Problem kann nur dann überwunden werden, wenn der gesamte Bereich von Care tatsächlich in den Mittelpunkt des politischen Handelns rückt und Investitionen in die Verbesserung der Sorgearbeit als zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe der Regie-



rungen verstanden werden. Vermutlich können die auf der kommunalen Ebene vorhandenen Limitierungen ohne strukturelle und institutionelle Reformen auf den übergeordneten politischen Ebenen ohnehin nur bedingt überwunden werden. Vertreter\*innen der Feministische Ökonomie haben in den zurücklie-

genden Jahrzehnten wiederholt darauf hingewiesen, dass Ungleichheiten und strukturelle Benachteiligungen im Bereich Care dem kapitalistischen System immanent sind. Dennoch bleibt der kritische Hinweis richtig, dass mit mehr finanziellen Ressourcen mehr Menschen von der MGDC hätten profitieren können.

## 6 FAZIT: LEHREN UND EMPFEHLUNGEN

Aus den Erfahrungen mit der Ausarbeitung und Umsetzung der MGDC lassen sich einige Lehren ziehen, die bei der zukünftigen Entwicklung ähnlicher politischer Strategien berücksichtigt werden sollten. Eine der größten Herausforderungen der MGDC bestand darin, eine bereichsübergreifende Politik umzusetzen, die dazu beitragen sollte, die Sorgearbeit in den Mittelpunkt des sozioökonomischen Lebens zu stellen und auf diese Weise grundlegend das gesellschaftliche Verständnis von Care- und die Wirtschaftspolitik zu verändern. Um weitere Fortschritte in dieser Richtung zu erzielen, müssen verschiedene Punkte berücksichtigt werden.

Erstens ist es unerlässlich, alle relevanten Akteur\*innen sowohl in und außerhalb der Verwaltung und Institutionen einzubeziehen. Verwaltungsintern muss dieser Prozess in zwei Richtungen verlaufen: 1. horizontal, indem die Beteiligung, Reflexion und Bereitschaft, Rechenschaft abzulegen, all jener Einheiten gestärkt wird, die mit der Sorgearbeit im weiteren Sinne politisch zu tun haben, und 2. vertikal, indem alle politischen und fachlichen Ebenen beteiligt werden. Zu diesem Zweck ist es notwendig, die feministischen Bestrebungen und Überlegungen zur Umgestaltung der Ökonomie und zur gesellschaftlichen Restrukturierung der Sorgearbeit, die in vielen linken Kreisen und politischen Parteien und Bündnissen (darunter Barcelona en Comú) Unterstützung finden, noch stärker in diesen Organisationen zu verankern. Nur so können sie, wenn diese die Regierungsmacht übernehmen oder sich daran beteiligen, ihre Wirkung entfalten. Mit anderen Worten: Die wirtschaftspolitischen Ansätze innerhalb der Linken gehören von patriarchalen Vorstellungen befreit. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass sich möglichst viele Akteure und fachliche Ebenen einer Institution gemeinsam für den beabsichtigten Wandel einsetzen. Neben der institutionellen Ebene ist es wichtig, in der Zivilgesellschaft organisierte Strukturen und Gruppen auszumachen und aktiv in die Planung und Umsetzung einzubeziehen, insbesondere Teile der feministischen Bewegung. Es bedarf Strukturen und Akteur\*innen außerhalb der Verwaltung und Politik, die 1. in der Lage sind, gesellschaftliche

und soziale Probleme zu erkennen und geeignete Lösungsansätze dafür zu entwickeln, die 2. die Rolle von externen Beobachter\*innen, Berater\*innen und Gutachter\*innen übernehmen können und die 3. bei einem drohenden politischen Rollback in der Lage sind, erkämpfte Leistungen und Rechte zu verteidigen. Nur die umfassende Einbeziehung von kollektiven Strukturen und Ressourcen, die Anerkennung des Potenzials von gemeinnützigen und zivilgesellschaftlichen Initiativen für die Umgestaltung der Care-Politik (bei gleichzeitiger Akzeptanz ihrer Eigensinnigkeit und Autonomieansprüche) sowie eine verlässliche Begleitung und Unterstützung dieser Initiativen können einer Politik, wie sie mit der MGDC verfolgt wurde, Stabilität und Dauerhaftigkeit verleihen.

Zweitens ist es, um das interne Governance-Problem zu lösen, unerlässlich, in der Verwaltung eine Struktur zu schaffen, die die benötigte bereichsübergreifende Zusammenarbeit koordiniert und sicherstellt. In den bereichsübergreifenden Gremien müssen all jene Verwaltungseinheiten und Ämter vertreten sein, die im weitesten Sinne mit Aspekten von Care-Politik befasst sind. Dabei sollten sowohl jene besondere Beachtung finden, die in der Vergangenheit hauptverantwortlich für den Bereich Care waren, als auch jene, die sich bislang nicht als hierfür zuständig betrachteten. Vor allem die Letzteren gilt es für die neuen Aufgaben zu motivieren und zu sensibilisieren. Zudem ist auf eine ausgewogene behördliche Kompetenz- und Aufgabenverteilung zu achten sowie klarzustellen und transparent zu machen, welche Funktionen die bereichsübergreifenden Gremien und Kooperationen haben sollen. Die Federführung sollte bei der für feministische Politik oder Gleichstellung/Geschlechtergerechtigkeit zuständigen Kommunalverwaltung liegen, weil damit einfacher zu verhindern ist, dass ein politisches Vorhaben wie die MGDC seine transformative und feministische Ausrichtung verliert, wieder auf eine klassische Fürsorgeperspektive zurückfällt oder gegenüber den allgemeinen Machtverhältnissen unkritisch wird. Dennoch gilt auch: Die enge Zusammenarbeit mit der für Wirtschaftspolitik zuständigen Behörde kann durchaus sinnvoll sein, wenn man von

einer bereichsübergreifenden Logik ausgeht und außerdem bedenkt, dass es sich aus Sicht der Feministischen Ökonomie bei der Care-Politik um soziale und ökonomische Interventionen handelt. Allerdings zeigen uns die Erfahrungen mit der MGDC auch, dass die mit der kommunalen Wirtschaftspolitik betrauten Verwaltungen vermutlich nur dann eine Führungsrolle bei der Umsetzung einer anderen Care-Politik einnehmen werden, wenn man ihnen dafür geschulte Teams zur Verfügung stellt, die bereits einen gewissen Vorlauf und Vorkenntnisse auf diesem Gebiet haben. Nur dann kann eine solche Entscheidung in wirksame Politik übersetzt werden.

Das leitet zu einem weiteren wichtigen Punkt über: Es bedarf geeigneter Schulungen und Weiterbildungen für die Verwaltungsmitarbeiter\*innen auf den unterschiedlichsten Ebenen sowie der Bereitstellung von Räumen zur gemeinsamen Reflexion und Diskussion. Nur so kann sich eine von vielen geteilte einheitliche Sichtweise der politischen Zielsetzungen herausbilden. Wünschenswert wäre zudem, dass sämtliche an der Gestaltung und Umsetzung der Care-Politik beteiligten Akteur\*innen die Perspektive der Feministischen Ökonomie auf eine Art verinnerlichen, dass sie diese auch auf verständliche Weise vermitteln können und dabei ohne weitere große theoretische Erörterungen auskommen. Nur so erscheint es uns möglich, eine kohärente Politik mit einem innovativen Ansatz bereichs- und sektorenübergreifend in Verwaltung und städtischer Gesellschaft umzusetzen und zu verankern. Zusätzlich würden wir empfehlen, über den gesamten Prozess der Planung und Implementierung hinweg die Expertise und Beratung von Fachleuten hinzuziehen und ein ausführliches Monitoring vorzunehmen.

Bei einer solchen politischen Strategie ist ferner von großer Bedeutung, dass die kurzfristigen Ziele und Überlegungen, in welchen Schritten diese zu erreichen sind, hinter dem radikalen Transformationshorizont nicht verschwinden bzw. nicht vernachlässigt werden. Dafür ist eine gute Planung unerlässlich, die es ermöglicht, voranzukommen und konkrete und greifbare Ergebnisse zu produzieren, damit keine Frustration oder Enttäuschung aufkommt und die Ziele nicht aus dem Blick geraten. Außerdem ist es notwendig, Erfolge zu generieren, die sich unmittelbar auf die Lebensbedingungen der Bürger\*innen auswirken – und zwar nicht nur, weil es dringend notwendig ist, für bestimmte unhaltbare Situationen Abhilfe zu schaffen. Nur wenn Rechte und Ansprüche erkämpft und durchgesetzt werden, erschließen sich nämlich die Bedeutung und der Sinn von Politik und werden sich die Menschen dafür einsetzen, dass diese Rechte erhalten bleiben.

«Für unseren spezifischen Ansatz der kommunalen Kinderbetreuung interessierten sich vielleicht 15 andere Städte. Weil es da um ein einfaches Vorhaben und konkrete Erfahrungen ging. Ich kann mich hingegen nicht daran erinnern, dass die Idee, möglichst alle auf eine Strategie einzuschwören, anderswo übernommen wurde.»  
(E4)

Offenkundig ist es für ein Vorhaben wie die MGDC auch wichtig, sich die übergeordnete Strategie und die mittel- und langfristigen Zielsetzungen immer wieder in Erinnerung zu rufen. Deshalb sind bereichsübergreifende Gremien und eine starke politische Führung, die alle beteiligten Akteur\*innen zusammenbringen, von essenzieller Bedeutung. Werden die Maßnahmen und Projekte nur einzeln betrachtet und isoliert umgesetzt, besteht die Gefahr, dass der langfristige Transformationshorizont verloren geht und die politische Perspektive aufgeweicht wird.

«Für die Bürger\*innen ist nicht immer nachvollziehbar, dass es uns darum geht, alle Ungleichheiten, die mit der Sorgearbeit verbunden sind, und andere Probleme in der Stadt gleichzeitig zu bekämpfen. Für sie sieht es vermutlich mehr nach einer Umstrukturierung von Dienstleistungen aus als nach einem grundsätzlich anderen Modell.»  
(E6)

Kurzum: Das, wodurch sich eine progressive kommunale Care-Politik auszeichnen sollte, hat mit ihren Inhalten und der Ausrichtung an einer radikalen Transformationsperspektive zu tun und damit, welche Mechanismen und Instrumente zum Einsatz kommen, um diese Politik zu verwirklichen. Bei dem Ansatz der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit geht es daher nicht nur um eine interne Organisationsform, sondern es stellt auch ein Bekenntnis zu einer vielschichtigen Sichtweise eines gesellschaftlichen Phänomens dar und zu der Absicht, die Fragmentierung gesellschaftlicher Verhältnisse und sozialer Probleme, wie sie für die herrschende Politik typisch ist, zu überwinden (Keller Garganté/Sol 2019). Damit die Sorgearbeit tatsächlich in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung rückt und die Aufmerksamkeit erhält, die ihr gebührt, ist es daher notwendig, sich in allen denkbaren Institutionen, Organisationen und Zusammenhängen dafür einzusetzen. Außerdem ist es erforderlich, dies auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen zu tun und die Verantwortlichen dazu aufzufordern, einen Wandel in die gleiche Richtung zu vollziehen. Am Ende bedarf es eines grundlegenden strukturellen Wandels – und dies weltweit.

## LITERATUR

- Ajuntament de Barcelona (2006):** Acord Ciutadà er una Barcelona Inclusiva, unter: [www.bcn.cat/barcelonainclusiva/ca/que\\_es.html](http://www.bcn.cat/barcelonainclusiva/ca/que_es.html).
- Ajuntament de Barcelona (2015a):** El Govern crea un departament per implementar la transversalitat de gènere a l'Ajuntament, unter: <https://ajuntament.barcelona.cat/premsa/2015/12/23/el-govern-crea-un-departament-per-implementar-la-transversalitat-de-genere-a-lajuntament/>.
- Ajuntament de Barcelona (2015b):** Usos del temps, unter: <https://ajuntament.barcelona.cat/tempscures/ca/canal/presentacio>.
- Ajuntament de Barcelona (2017):** Superilles socials, unter: <https://ajuntament.barcelona.cat/dretssocials/ca/innovacio-social/superilles-socials>.
- Ajuntament de Barcelona (2019a):** Barcelona Cuida, espacio de información y orientación.
- Ajuntament de Barcelona (2019b):** El nou Govern municipal presenta el cartipàs en el primer Ple del mandat, unter: [https://ajuntament.barcelona.cat/eixample/ca/noticia/el-nou-govern-municipal-presenta-el-cartipas-en-el-primer-ple-del-mandat\\_837907](https://ajuntament.barcelona.cat/eixample/ca/noticia/el-nou-govern-municipal-presenta-el-cartipas-en-el-primer-ple-del-mandat_837907).
- Ajuntament de Barcelona (2019c):** El nou Servei d'Ajuda a Domicili (SAD) guanyarà proximitat per l'extensió de les superilles de les cures, unter: <https://ajuntament.barcelona.cat/premsa/2019/12/19/el-nou-servei-dajuda-a-domicili-sad-guanyara-proximitat-per-lextensio-de-les-superilles-de-les-cures/>.
- Ajuntament de Barcelona (2019d):** Informe de seguiment 2018. Mesura de Govern per una democratització de la cura 2017–2020.
- Ajuntament de Barcelona (2020):** Concilia: nuevo servicio de canguero municipal para facilitar la conciliación laboral, personal y familiar, unter: [www.barcelona.cat/infobarcelona/es/tema/servicios-sociales/concilia-nuevo-servicio-de-canguero-municipal-para-facilitar-la-conciliacion-laboral-personal-y-familiar\\_999089.html](http://www.barcelona.cat/infobarcelona/es/tema/servicios-sociales/concilia-nuevo-servicio-de-canguero-municipal-para-facilitar-la-conciliacion-laboral-personal-y-familiar_999089.html).
- Ajuntament de Barcelona (2021):** Subvencions, unter: <https://ajuntament.barcelona.cat/ca/informacio-administrativa/subvencions>.
- Alfama, Eva/Alonso, Alba (2015):** Las políticas de género en la administración pública. Una introducción, in: Revista Vasca de Gestión de Personas y Organizaciones Públicas 8, S. 24–41.
- Alfama, Eva/Cruells, Marta/De la Fuente, Maria (2015):** ¿Qué ha cambiado con esta crisis? El mainstreaming de género en la encrucijada, in: Investigaciones Feministas 5(0), S. 69–95, unter: [https://doi.org/10.5209/rev\\_infe.2014.v5.47957](https://doi.org/10.5209/rev_infe.2014.v5.47957).
- Alonso Méndez, Carla/González, Sheila (2020):** La precarización del trabajo de cuidados y del hogar remunerado en el mercado informal: una propuesta de intervención para Barcelona, unter: <https://ddd.uab.cat/record/233198>.
- Barcelona Activa (2016):** Estratègia per l'Ocupació de Barcelona 2016–2020, unter: [https://ajuntament.barcelona.cat/dones/sites/default/files/documentacio/6\\_estrategia-ocupacio-barcelona-final-ok\\_tcm101-46509.pdf](https://ajuntament.barcelona.cat/dones/sites/default/files/documentacio/6_estrategia-ocupacio-barcelona-final-ok_tcm101-46509.pdf).
- Barcelona en Comú (2015):** Programa electoral municipales 2015, unter: [https://barcelonaencomu.cat/sites/default/files/programaencomun\\_cast.pdf](https://barcelonaencomu.cat/sites/default/files/programaencomun_cast.pdf).
- Blanchar, Clara (2021):** Solo un hombre ha pedido el servicio de canguero municipal de Barcelona frente a 330 mujeres, unter: <https://elpais.com/espana/catalunya/2021-03-08/solo-un-hombre-ha-pedido-el-servicio-de-canguero-municipal-de-barcelona-frente-a-330-mujeres.html>.
- Carrasco, Cristina (2011):** La economía del cuidado: planteamiento actual y desafíos pendientes, in: Revista de Economía Crítica 11, S. 205–225.
- Carrasco, Cristina/Almeda, Elisabeth (2006):** Estadístiques sota sospita: proposta de nous indicadors des de l'experiència femenina, Barcelona.
- Celi Medina, Patricia Estefanía/Ezquerro, Sandra (2020):** El rol de los espacios comunitarios de cuidado de personas mayores en la democratización de los cuidados en la ciudad de Barcelona, in: Revista Interdisciplinaria de Estudios de Género de El Colegio de México 6(1), S. 1–39, unter: <https://doi.org/10.24201/reg.v6i0.485>
- Comas-d'Argemir, Dolores (2019):** Cuidados y derechos. El avance hacia la democratización de los cuidados, in: Cuadernos de Antropología Social 49 (SE-Artículos Invitados), unter: <https://doi.org/10.34096/cas.i49.6190>.
- Comissionat d'Economia Cooperativa, S. i S. i C (2016):** Pla d'Impus de l'Economia Social i Solidària, unter: [www.economiasolidaria.org/sites/default/files/plaAltresEconomies.pdf](http://www.economiasolidaria.org/sites/default/files/plaAltresEconomies.pdf).
- Dalla Costa, Maria Rosa (1975):** Women and the Subversion of the Community, in: Dalla Costa M./James S. (Hrsg.): The Power of Women and the Subversion of the Community, Bristol.
- Diputació de Guipúzcoa (2012):** II Plan Foral para la Igualdad de Mujeres y Hombres 2012–2020, unter: [www.gipuzkoairekia.eus/documents/85515/702313/Emakumeen+eta+Gizonen+berdintasunerako+2.+Foru+Plana+2012-2020+\(es\)/48367346-5ddd-4aae-8843-818e8ceb7c49](http://www.gipuzkoairekia.eus/documents/85515/702313/Emakumeen+eta+Gizonen+berdintasunerako+2.+Foru+Plana+2012-2020+(es)/48367346-5ddd-4aae-8843-818e8ceb7c49).
- Ezquerro, Sandra (2014):** Spain, Economic Crisis, and the New Enclosure of the Reproductive Commons, in: Monthly Review 65(11), S. 22–35.

- Ezquerria, Sandra (2016):** El pecado original no fue acto de mujer: del marxismo a la economía política feminista, in: *Revista de Economía Crítica* 22, S. 126–143, unter: <http://revistaeconomiacritica.org/index.php/rec/article/view/113>.
- Ezquerria, Sandra (2018):** De la Economía Feminista a la democratización de los cuidados, in: *Viento Sur* 156, S. 39–47.
- Ezquerria, Sandra/De Eguía Huerta, Maria (2020):** ¿Redistribución de los cuidados? El papel de la familia, el mercado y las políticas públicas en Catalunya, in: *Política y Sociedad* 57 (3 SE-Miscelánea), unter: <https://doi.org/10.5209/poso.60900>.
- Ezquerria, Sandra /Mansilla, Elba (2018):** Economía de les cures i política municipal: cap a una democratització de la cura a la ciutat de Barcelona, Barcelona.
- Federici, Silvia (2010):** Calibán y la bruja. Mujeres, cuerpo y acumulación originaria, Madrid.
- Fournier, Marisa (2017):** La labor de las trabajadoras comunitarias de cuidado infantil en el conurbano bonaerense ¿Una forma de subsidio de «abajo hacia arriba»? , in: *Trabajo y Sociedad* 28, unter: [www.unse.edu.ar/trabajosociedad/28](http://www.unse.edu.ar/trabajosociedad/28) DOSSIER 05 FOURNIER MARISA Genero\_Trabajadoras del cuida.pdf.
- Junta Nacional de cuidados de Uruguay (2016):** Plan nacional de cuidados 2016–2020, unter: [www.gub.uy/sistema-cuidados/sites/sistema-cuidados/files/2020-01/plan-nacional-de-cuidados-2016-2020\\_0.pdf](http://www.gub.uy/sistema-cuidados/sites/sistema-cuidados/files/2020-01/plan-nacional-de-cuidados-2016-2020_0.pdf).
- Keller Garganté, Christel/Ezquerria, Sandra (2021):** Viviendas colaborativas de personas mayores: democratizar el cuidado en la vejez, in: *REVESCO. Revista de Estudios Cooperativos* 137, unter: <https://doi.org/10.5209/reve.71867>.
- Keller Garganté, Christel/Sol, Miriam (2019):** Polítiques locals per millorar les condicions, el reconeixement i la provisió de cures des d'una perspectiva feminista, in: Carrillo, S. (Hrsg.): *Abordant la crisi de les cures: polítiques, treballs i experiències locals*, Institut de Ciències Polítiques i Socials.
- Mies, Maria (2018):** Patriarcado y acumulación a escala mundial, Madrid.
- Ministerio de Inclusión, S. S. y M. (2021):** Trabajadores en alta. Datos por municipios, unter: [www.seg-social.es/wps/portal/wss/internet/EstadisticasPresupuestosEstudios/Estadisticas/EST8/EST10/EST305/1836](http://www.seg-social.es/wps/portal/wss/internet/EstadisticasPresupuestosEstudios/Estadisticas/EST8/EST10/EST305/1836)
- Organización Internacional del Trabajo (2015):** *Women and the Future of Work. Taking care of the caregivers*, unter: [www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_protect/---protrav/---travail/documents/publication/wcms\\_351297.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---travail/documents/publication/wcms_351297.pdf).
- Pérez-Orozco, Amaia (2016):** Políticas al servicio de la vida: ¿políticas de transición?, in: *Fundación de los Comunes (Hrsg.): Hacia nuevas instituciones democráticas. Diferencia, sostenimiento de la vida y políticas públicas*, Madrid.
- Regidoria de Feminismes i LGTBI (2015):** Mesura de Govern la transversalitat de gènere a l'Ajuntament de Barcelona, unter: <https://ajuntament.barcelona.cat/dones/sites/default/files/documentacio/mesura-govern-transversalitat-genere-cat.pdf>.
- Regidoria de Feminismes i LGTBI (2016a):** Estratègia contra la feminització de la pobresa i de la precarietat a Barcelona (2016–2024), unter: <https://ajuntament.barcelona.cat/dones/sites/default/files/documentacio/estrategia-contra-feminitzacio-pobresa-precarietat-barcelona-2016-2024.pdf>.
- Regidoria de Feminismes i LGTBI (2016b):** Pla per la Justícia de Gènere 2016–2020, unter: <https://ajuntament.barcelona.cat/dones/ca/pla-la-justicia-de-genere-2016-2020>.
- Regidoria de Feminismes i LGTBI/Comissionat d'Economia Cooperativa, S. i S. i C. (2017):** Mesura de Govern per una Democratització de la Cura 2017–2020, unter: [https://media-edg.barcelona.cat/wp-content/uploads/2017/06/05124906/MGDCures\\_web.pdf](https://media-edg.barcelona.cat/wp-content/uploads/2017/06/05124906/MGDCures_web.pdf).
- Roberts, Adrienne (2008):** Privatizing social reproduction: The primitive accumulation of water in an era of neoliberalism, in: *Antipode* 40(4), S. 535–560, unter: <https://doi.org/doi.org/10.1111/j.1467-8330.2008.00623.x>.
- Rodríguez Enríquez, Corina (2015):** Economía feminista y economía del cuidado. Aportes conceptuales para el estudio de la desigualdad de género, in: *Nueva Sociedad* 256, S. 30–44.
- Rubio, Xavier (2019):** Reconeixement, corresponsabilitat i reducció de les desigualtats: la MEsura de Govern de Democratització de la Cura de Barcelona, 2017–2020, in: Carrillo, S. (Hrsg.): *Abordant la crisi de les cures: polítiques, treballs i experiències locals*, Institut de Ciències Polítiques i Socials.